Einzelpreis 40 Pfg. · 4. Jahrgang

Die „Freiheit" erscheint täglich morgens und nachmittags. Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen ausländische Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg M. 25.—, für das übrige Ausland M. 30.—.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Freitag, 25. November 1921

Nummer 550 · Morgen-Ausgabe

Die zehngespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 6,— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche u. Worte-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ein Schlag gegen die Reaktion

Auflösung der gegenrevolutionären Organisationen

Die Reichsregierung hat nachstehende Bekanntmachung erlassen:

Auf Grund des § 1 des Gesetzes zur Durchführung der Artikel 177/178 des Friedensvertrages vom 22. März 1921 werden in Verfolg des Ultimatums der alliierten Regierungen vom 5. Mai 1921 die Organisationen Roßbach, Hubertus, Aulock, Heydebreck und Oberland für aufgelöst erklärt.

Personen, die sich an einer der aufgelösten Organisationen als Mitglieder beteiligen, werden mit Geldstrafe bis zu 50 000 M. oder mit Festung bis zu drei Monaten oder mit Gefängnis bis zu gleicher Dauer bestraft.

Berlin, den 24. November 1921.

Die Reichsregierung. gez. Köster.

Dazu wird amtlich mitgeteilt: Die Reichsregierung hat auf Grund des Gesetzes vom 22. März 1921 die Auflösung der Organisationen Roßbach, Hubertus, Aulock, Heydebreck und Oberland ausgesprochen. Die Auflösung war von der interalliierten Militär-Kontrollkommission auf Grund des Ultimatums vom 5. Mai d. J. wiederholt und insbesondere durch Noten vom 9. und 28. September und vom 12. November 1921 nachdrücklich verlangt worden. Die Reichsregierung mußte der Forderung entsprechen, wenn der Nachweis erbracht wurde, daß diese Verbände nach ihrer Tätigkeit unter das Gesetz vom 22. März in Verbindung mit dem Ultimatum fallen. **Die Erhebungen, insbesondere die Berichte der letzten Wochen, haben diesen Nachweis erbracht.** Es steht nunmehr insbesondere fest, daß die Verbände, wenn sie auch zum Teil gleichzeitig wirtschaftliche Zwecke verfolgen, **militärisch gegliedert sind und daß ihre Befehlsgewalt nach Art militärischer Vorschriften geregelt ist.** Die Verbände erstrecken sich sowohl allein, wie in Verbindung miteinander über große Teile des Reichs. Die Reichsregierung war auf Grund des von ihr angenommenen Ultimatums verpflichtet, die Auflösung der Verbände auszusprechen. Die Auflösung trifft auch alle an Stelle der aufgelösten Organisationen etwa gebildeten Verbände, die sich als deren Fortsetzung darstellen. Soweit einwandfreie wirtschaftliche Tendenzen der Arbeitsgemeinschaften durch die Auflösung betroffen werden, hat die Reichsregierung besondere Maßnahmen eingeleitet, die aber an der vollständigen Auflösung der oben genannten Verbände nichts ändern.

*

Die Auflösung dieser gegenrevolutionären Organisationen, deren Gefahr für die Republik die „Freiheit" unermüdlich nachgewiesen hat, kommt reichlich spät. Und sie kommt wieder, wie so vieles in der deutschen Republik, nicht aus eigner Machtvollkommenheit, sondern auf Geheiß der Entente. Wir wollen aber jetzt schon betonen, daß es nicht genügt, die Auflösungsverordnung in die Welt zu setzen. Die in Frage kommenden Behörden müssen zur schärfsten Handhabung der Auflösungsverordnung angehalten werden. Es muß mit allen Mitteln verhindert werden, daß sich die Kreise, die bis jetzt das Gros dieser Organisationen bildeten, auf anderer Grundlage, aber mit gleichen Zielen, wieder zusammenfinden. Ihr Bestehen bildete für die Gesundung unserer innerpolitischen Verhältnisse die größte Gefahr. Die Mordpropaganda nahm an diesen Trümmern des alten Heeres ihren Ausgang. Die Hetze gegen die führenden Männer der Republik und der Arbeiterbewegung, die Schürung inner- und außenpolitischer Konflikte, die Errichtung einer Militärdiktatur in Deutschland, das sind die Hauptaufgaben dieser Organisationen. Der Selbsterhaltungstrieb der Republik erforderte es, daß man diese Landsknechtshorden längst auflöste. Man hat sich von außen dazu zwingen lassen. Auch kein Ruhmesblatt der Republik.

Die Verhaftung der Geheimbündler

Begünstigung der Mörder Erzbergers

In ihrer gestrigen Abendausgabe berichtete die „Freiheit" von der Verhaftung mehrerer Mitglieder einer rechtsstehenden Geheimorganisation. Dazu teilt das Polizeipräsidium jetzt mit:

Die Abteilung IA des Berliner Polizeipräsidiums hat am 22. d. M. insgesamt 7 Personen, **meist frühere Offiziere und ehemalige Angehörige der II. Marine-Brigade (Ehrhardt) festgenommen, und zwar wegen Verdachts der Geheimbündelei bzw. der Begünstigung der Mörder Erzbergers.** Die Festgenommenen wurden am 23. d. M. dem gerade in Berlin weilenden badischen Untersuchungsrichter, der mit der Bearbeitung der betreffenden Angelegenheit befaßt ist, vorgeführt. Der Richter hielt die Verhaftung lediglich eines der Festgenommenen aufrecht, da er die Beweise für die Schuld der anderen Festgenommenen nicht als ausreichend erachtete.

Wie die „Telegraphen-Union" erfährt, sind am Dienstag in Breslau die Studenten Ullrich Koppe, Friedrich Koppe, Bernhard und Kusche am frühen Morgen in ihren Wohnungen verhaftet worden. Diese Verhafteten sollen angeblich mit der Fahndung nach den Mördern Erzbergers und den vor einiger Zeit in München erfolgten Verhaftungen in Verbindung stehen.

Auch an anderen Plätzen ist eine Anzahl von „Geheimbündlern" verhaftet worden. Der Reichsminister des Innern lehnt es vorläufig ab, sich zu den Verhaftungen zu äußern. Die „Geheimbündler" werden in Karlsruhe dem Gericht vorgeführt werden.

Sachwerterfassung und Valutasturz

Von Prof. E. Lederer, Heidelberg

Noch vor Annahme des Reparationsultimatums mußte es jedem Menschen mit volkswirtschaftlicher Einsicht klar sein, daß schon die ersten Zahlungen ohne einen Rückgriff auf die Substanz unmöglich sind. Hatte man sich aber einmal entschlossen, mit den Reparationszahlungen zu beginnen, und die Unmöglichkeit der Durchführung, die verhängnisvollen Einwirkungen auf die Auslandsmärkte, die Verschärfung der Weltwirtschaftskrise durch die Zahlungsleistungen zu erweisen, und auf diesem Wege eine Aenderung des Reparationsplanes herbeizuführen, so mußte man auch mit den Zahlungen selbst Ernst machen. Man mußte das Volksvermögen angreifen, da aus dem Einkommen nicht die notwendigen Einfuhren bezahlt und darüber hinaus die Reparation geleistet werden konnte. Auch deshalb war ein Eingriff in die Substanz unvermeidlich, weil die Gegner vor einer starken Heranziehung des Vermögens niemals zugeben werden, daß eine absolute Zahlungsunfähigkeit vorliege.

Damals wurde nun von Gegnern der Sachwertabgabe immer wieder angeführt, daß die Substanzerfassung nur dann zur Tilgung der Reparationslasten dienen könne, wenn diese wirtschaftliche Substanz ins Ausland verkauft wird, um derart die notwendigen Devisen zu beschaffen. Das war durchaus richtig, nur leider in unserer Lage kein durchschlagender Gegengrund. Es war auch eine ganz demagogische Argumentation, wenn es so hingestellt wurde, als ob die Vertreter der Sachwerterfassung dem Gegner das deutsche Volksvermögen ausliefern wollten, denn wir sehen jetzt deutlich, was geschieht, wenn sich das Reich die Devisen ohne Sachwerterfassung beschaffen muß: da das Angebot an fremden Zahlungsmitteln hinter der Nachfrage weit zurückbleibt, entsteht ein ständiger Druck auf die Währung. Als Folge dieses Druckes steigt die Kaufkraft der fremden Währungen, und es vollzieht sich ein Abverkauf von Kapitalgütern und auch Fertigprodukten in wahlloser Form. So gerät die Substanz des deutschen Volksvermögens in fremde Hände, viel rascher und vollständiger als durch eine radikale Sachwertabgabe.

Nun könnte man glauben, da der volkswirtschaftliche Effekt sich doch durchsetzt, könnte es schließlich gleichgültig sein, ob ich mich durch Steuern oder durch Notendruck ausverkaufe. Das scheint aber nur auf den ersten Blick so. Denn:

1. Wenn ich imstande wäre, durch eine Sachwertabgabe großen Stiles, durch Verpfändung oder Verkauf von deutscher wirtschaftlicher Substanz, die Devisen zu beschaffen, so kann ich den Druck auf die deutsche Währung vermeiden. Ich kann die Balance halten und einen verhältnismäßig stabilen Geldkurswert und infolgedessen auch inneren deutschen Geldwert erzielen, wie wir ihn ja in den letzten Monaten vor dem Oktober dieses Jahres hatten. Jedermann sieht heute, was das bedeutet. Die Gegner der Sachwertabgabe tragen die Schuld daran, daß wir heute bei einem Dollarkurs von dreihundert halten, und daß alle Daten unserer Volkswirtschaft in ständigem Fluß, alles wirtschaftliche Handeln zu einer wüsten Spekulation geworden ist.

2. Sind die Opfer bei einer systematischen Erfassung der Sachwerte weitaus geringer. Denn es können unter Bedachtnahme auf die Bedürfnisse der deutschen Volkswirtschaft diejenigen Sachwerte abgegeben werden, welche fremden Besitzern nicht einen entscheidenden Einfluß auf wichtige, auch politisch wichtige, deutsche volkswirtschaftliche Positionen geben. Auch ist wichtig, daß bei einer Erfassung der Sachwerte die Möglichkeit besteht, den Kursstand einigermaßen zu stabilisieren, daß der Ausverkauf mit Verlusten, wie er heute gegeben ist, das gewaltsame Hinausströmen auch lebensnotwendiger Güter verhindert werden kann. Finden dann trotzdem Verkäufe von Waren über die Grenze statt, so ist wenigstens auch das Erträgnis an Devisen ein günstiges. Heute sind aber, beim gegenwärtigen Valutastande, schon enorme Verkäufe notwendig, um einen nennenswerten Erlös in fremder Währung zu erzielen. Die Valuta-Aufschläge, insbesondere die Ausfuhrabgabe, werden in ihrer Wirkung und Wirkungsmöglichkeit weitaus überschätzt: insbesondere ist Deutschland nach dem Friedensvertrage bekanntlich verpflichtet, alle Ein- und Ausfuhren aus und nach den alliierten Ländern nicht ungünstiger zu behandeln, als eine Ein- und Ausfuhr irgendeinem anderen Lande gegenüber. Da nun der deutsche Export nach valutaschwachen Ländern (z. B. Oesterreich, Polen, Balkan) mit Aufschlägen nicht arbeiten kann, so ist die Wirksamkeit von Ausfuhrabgaben sehr eingeschränkt, und wir fordern durch unser „Valutadumping" nur das Ausland heraus, welches Zuschlagszölle erhebt und **sich so seine Staatskassen füllt.**

Briands Abschiedsrede

EE. Washington, 24. November.

Gestern hat Briand seine Abschiedsrede an die Konferenz gehalten. Briand bedauerte es lebhaft, daß er gezwungen sei, seine Mitarbeit an der Konferenz einzustellen. Er betrachtet es als eine der größten Ehrungen die ihm je zuteil wurde, daß er an dieser Konferenz teilnehmen konnte. Er sei allen Mitgliedern dieser Konferenz für die Worte, die sie zugunsten Frankreichs sprachen, dankbar. Es könne keinem Zweifel unterliegen, **daß der Austausch der freundschaftlichen Erklärungen, die vor aller Welt abgegeben wurden, Europa dem Frieden einen vollen Schritt näher gebracht habe.** Es sei eine moralische Grundlage geschaffen worden, ohne die es schwer gewesen wäre, vorteilhafte Arbeit zu vollführen. Niemand könne mehr sagen, daß Frankreich mit seinen Rüstungen Offensivgedanken verfolge. Frankreich brauche Ruhe, nachdem es ständig angegriffen worden sei und nachdem man es im Auslande gewisser Hintergedanken verdächtigt hatte.

Er kehre in der Hauptsache nach Paris zurück, weil das französische Parlament sich mit der Prüfung des Militärprogramms beschäftigen müsse. Er sagte, **Frankreich werde mit Vergnügen bei der Einschränkung seiner Rüstungen bis an die Grenze des Möglichen gehen.** Die Dauer des Militärdienstes, führte Briand aus, werde wahrscheinlich auf die Hälfte der jetzigen vermindert werden. Dank den Worten, die auf der Washingtoner Konferenz gesprochen worden seien, solle die französische Entscheidung in einer Atmosphäre vollen Ernstes getroffen werden.

Statssekretär Hughes antwortete auf diese Rede Briands, indem er ausführte, daß man nicht nur Gelegenheit gehabt habe, in Briand den Redner zu bewundern, sondern die Delegierten hätten auch mit Briand private Besprechungen gepflogen und zu seiner Person große Zuneigung gefaßt. **Seine Abreise sei ein großer Verlust für die Konferenz.** Die Erinnerung an die öffentlichen Vollsitzungen und an die Worte, die dort gesprochen wurden, sollen immer im Gedächtnis der Teilnehmer der Konferenz fortleben. Die Delegierten verstehen nunmehr die Lage, in der sich Frankreich befindet. Briand habe alles gesagt, was nötig sei. **Die Delegierten haben die Lage richtig einschätzen können, und alle sind überzeugt, daß Frankreich von dem aufrichtigen Wunsche beseelt sei, im Maße des Möglichen die Lasten, die der Krieg auf seine Schultern gelegt habe, zu verringern, wobei Frankreich auf seine nationale Sicherheit Rücksicht nehmen müsse. Frankreich könne dessen sicher sein, daß es eine moralische Isolierung nicht zu fürchten brauche,** denn es gebe Freunde und Anhänger, die Frankreich Gutes wünschen und die die Leiden, die ihm durch den Krieg auferlegt wurden, nicht vergessen werden. Hughes schließt mit der Versicherung, daß die Bande, die Frankreich und Amerika vereinen, heute stärker als jemals seien.

Verbot der „Täglichen Rundschau"

Der preußische Minister des Innern hat das Erscheinen der „Täglichen Rundschau" für drei Tage mit folgender Begründung verboten:

Der Artikel „Der enttäuschte Herr Wirth" in Nr. 538 der „Täglichen Rundschau" vom 23. November 1921 enthält unter anderem folgende Stellen:

1. . . . . Reichskanzler aus Verlegenheit, sozusagen das kleine Malheurchen der großen Koalition.

2. . . . daß ihr Vollzugsbeamter Wirth auch nicht mit einer einzigen fälligen Papiermark in Verzug geraten werde.

3. Mit einer Kurzatmigkeit der Logik, die jedem Untersekundaner mit Recht die Zensur „Ungenügend" eintragen würde.

4. Seine vagen volkswirtschaftlichen Vorstellungen gaukeln ihm so etwas vor wie einen kolossalen Sparstrumpf im Bettstroh des Herrn Stinnes.

5. Es gibt nur ein Land, in dem ein solcher Mann bis zum nächsten Morgen weiterwirtschaften darf. Herr Joseph Wirth lebt in diesem Lande.

Die vorstehend wiedergegebenen Stellen enthalten schwere Verunglimpfungen des Reichskanzlers und gehen weit über das Maß zulässiger Kritik hinaus. Sie sind dazu angetan, die Person des Reichskanzlers in einer den inneren Frieden des Reiches gefährdenden Weise verächtlich zu machen.

Auf Grund der §§ 1 und 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. September 1921 (RGBl. S. 1271) verbiete ich deshalb das Erscheinen der „Täglichen Rundschau" für die drei Tage Freitag, den 25., Sonnabend, den 26., und Sonntag, den 27. November 1921. Gegen dieses Verbot ist die Beschwerde an den vom Reichsrat gestellten Ausschuß zulässig. Sie ist gemäß § 7 der erwähnten Verordnung durch meine Hand einzureichen und hat keine aufschiebende Wirkung.

3. Aber nicht einmal die aus den verlustreichen Exporten und Angstverkäufen erwachsenden Devisen fließen der deutschen Volkswirtschaft und dem Reiche zu Zwecken der Reparationszahlungen zu, weil bekanntlich bei einem Valutasturz die Marktflucht dazu führt, daß viele Verkäufe getätigt werden, deren Gegenwerte im Auslande in fremder Währung zur Verfügung des deutschen Verkäufers stehen bleiben. In Zeiten solcher Valutanot sucht jeder sein ökonomisches Schicksal von dem der deutschen Währung zu trennen und bewirkt dadurch nur weitere Entwertung. Auch das ist aber, tritt einmal der Valutasturz ein, durch Predigt und Moralisieren nicht zu ändern. Da die Wirtschaftspolitik die kapitalistischen Menschen nicht besser machen kann, so ist ihre vornehmste Aufgabe, jede Situation zu vermeiden, in welcher der kapitalistische Instinkt zerrüttend auf die Volkswirtschaft wirkt. Dazu gehört in erster Linie eine Stabilisierung der Währung.

Die Hindernisse, welche sich aber bisher der Sachwerterfassung entgegengestellt haben, zwingen nun Deutschland in die Rolle eines Falliten, der, solange es noch Zeit gewesen wäre, mit dem Verkauf wertvoller Vermögensbestandteile zögerte und dadurch eine Katastrophe hervorruft, in welcher sein ganzes Hab und Gut zur Befriedigung der Gläubiger verwendet werden muß. Diejenigen, welche leichtsinnig mit dem Bankrott-Gedanken spielen, mögen daran denken, daß auf den Bankrott die Versteigerung des Vermögens und der Habseligkeiten folgt, welche den Schuldner jedenfalls ruiniert, auch wenn sie den Gläubiger nicht befriedigt. Bei den Gegnern der Sachwertabgabe aber können wir uns heute dafür bedanken, daß wir in einer solchen „Zwangsverteilung des deutschen Volksvermögens" schon mitten drin stehen. Leider erweist sich jetzt das Kreditangebot der Industrie nur als schädlich, denn es hat zur Vertagung des richtigen Gedankens der Sachwertabgabe geführt und hat zweifellos, je mehr sich die Schwierigkeiten des Planes zeigten, ohne daß gleichzeitig andere Mittel zur Devisenbeschaffung vorbereitet wurden, den Markkurssturz beschleunigt.

Noch aber ist es Zeit, durch energische Schritte Versäumtes nachzuholen, das ärgste zu verhüten und so den Prozeß der Ueberfremdung, der nun in einem gewissen Umfange bis zum Eintritt einer politischen Wendung im Auslande nicht zu vermeiden ist, in geregelte Bahnen überzuführen.

Der Machtkampf des Weltkapitals

Das Eisenbahndefizit — eine internationale Entscheidung

Die „Weltwirtschaftliche Korrespondenz" schreibt:

Beim Feldzug für die Ueberführung der deutschen Eisenbahnen in die Privatwirtschaft wird die ganze Verantwortung für das Defizit der Eisenbahnen dem Staate oder gar der Revolution in die Schuhe geschoben. Es soll der Anschein erweckt werden, daß der Privatbetrieb dieses aufzuheben vermag.

Die deutschen Eisenbahnen waren im Krieg mehr in Mitleidenschaft gezogen als in irgendeinem Lande. Nach dem Krieg war also die Notwendigkeit der Wiederherstellung größer als anderswo; die Kosten der Materialien aber waren infolge der Preissteigerungen am höchsten, wobei die Frachtraten nicht entsprechend erhöht werden konnten, da die durch den Krieg geschwächte Volkswirtschaft diese Belastung nicht ertragen konnte.

Was die deutsche Großindustrie verschwieg, ist, daß die Eisenbahnen auch in den Siegerländern und ganz besonders dort, wo sie im Privatbetrieb stehen, seit dem Kriege Defizite aufweisen, welche denen Deutschlands keineswegs nachstehen.

In den Vereinigten Staaten von Amerika betrugen im Jahre 1920 die Einnahmen der Eisenbahnen, welche in Privatbetrieb verwaltet werden, eine Milliarde Dollars mehr als 1919, während sich die Ausgaben um mehr als 6 Milliarden vermehrt haben. Der Gewinn im Jahre 1920 betrug bei einem Kapital von 19 Milliarden 62 Millionen Dollars und erreicht nur den fünfzehnten Teil der durchschnittlichen Vorkriegsgewinne. Dabei gewährt der Staat jährlich einen Zuschuß von 900 Millionen Dollar — in Papiermark mit 250 umgerechnet 225 Milliarden Mark — an die Privatgesellschaften. Im Vergleich zum Jahre 1916 vermehrten sich die Einnahmen um 71 Prozent, die Ausgaben aber um 141 Prozent (siehe näheres in der Zeitschrift „Political Science Quarterly", Sept. 1921).

Aehnlich ist die Lage in Großbritannien, wo sich die Einnahmen der Eisenbahnen seit 1913 um 130 Prozent erhöhten, während die Ausgaben sich verdreifacht haben. (Siehe näheres in Conrads Jahrbücher, Oktoberheft.) Der Staat mußte 1920, als er die seit Kriegsausbruch staatlich verwalteten Eisenbahnen den Privatgesellschaften zurückgab, diesen riesige Summen — zumeist 50 Millionen Pfund — auf Grund eines Vertrages auszahlen. Seitdem ist das Defizit infolge der hohen Anschaffungskosten des Materials im ständigen Wachsen (Economist).

In Japan beziffert sich das Defizit der Eisenbahnen für das Jahr 1920 auf eine halbe Milliarde Yen — 50 Milliarden Papiermark — in Frankreich auf 12 Milliarden Francs, in Italien auf anderthalb Milliarden Lire (Economist).

Die deutsche Industrie steht mit ihrem Erpressungsmanöver nicht allein. In London hat eine Kapitalistengruppe Monopolrecht für die städtischen Verkehrsmittel verlangt, wogegen sie sich verpflichten will, 6 Millionen Pfund sofort zu Neubauten zu verwenden und dadurch Arbeitslosen Beschäftigung zu geben. Dort will man aber mit dem Schlagwort der Arbeitslosigkeit, welche dort gegenwärtig die größte Sorge ist, die Erpressung vornehmen.

Auch die französischen Kapitalisten sehen jetzt ihre Zeit gekommen. Die Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen, die im Staatsbetrieb gehalten werden, sollen an eine Privatgesellschaft „Compagnie de l'Est" verschachert werden. Die organisierten Eisenbahnen verkünden auch dort den schärfsten Kampf gegen dieses Attentat.

Diese Feststellungen sind besonders wertvoll in dem Augenblick, da Stinnes in London weilt und — mit Ausnahme der auch Stinnes verpflichteten Pressekulis — alle Welt sich fragt, zu welchem Zweck. Durch diese Mitteilungen wird der Zweck noch deutlicher: Stinnes weiß, daß die englischen Kapitalisten, mit denen er verhandelt, einem Erpressungsplane, wie ihn der Reichsverband der deutschen Industrie vorgelegt hat, durchaus sympathisch gegenüberstehen und daß er von ihnen Hilfe bei der Verwirklichung dieser Pläne erwarten kann. Was wir gleich beim ersten Bekanntwerden der Reise des Mannes sagten, bestätigt sich als richtig: was er treibt, hat den Zweck, den Besitz des deutschen Staates an das ausländische Kapital zu verkaufen.

Der Angriff gegen die Eisenbahnen ist im übrigen nur ein Teil des Aktionsprogramms des internationalen Kapitalismus. Seine Ziele sind noch weitergehend: Es gilt ihm jetzt, sämtliche sozialen Errungenschaften der letzten Jahre rückgängig zu machen. Das Defizit der Eisenbahnen bietet bei dieser Offensive einen willkommenen Vorwand.

Darum bringt auch der Reichsverband der deutschen Industrie die Forderung nach Beseitigung des Achtstundentages mit seinem Erpresserplan in Verbindung. Das ist das erste Anzeichen für die breite Anlage des Kampfes der internationalen Kapitalsmacht und für die „Größe" ihres Zieles. Darum müssen wir die Arbeiterklasse immer wieder ermahnen, für eine einmütige Zurückweisung dieser Machinationen zu sorgen. Das kann nur gelingen, wenn die Arbeiterorganisationen aber auch Gewerkschaften wie Parteien geschlossen vorgehen. Und alle Kraft muß zunächst auf diesen einen Punkt, auf die Abwehr der Anmaßungen des Großkapitals und auf die Durchsetzung unserer Steuerforderungen, zwei Dinge, die eng zusammenhängen, konzentriert werden. Abweichungen und Störungen müssen vermieden werden, seien es nun Störungen in Gestalt von Sonderaktionen einzelner Gruppen für besondere, die Kräfte zersplitternde Zwecke oder Abweichungen von der gemeinsamen Linie in Form von Einigungsversuchen in Verhandlungen mit dem Unternehmertum.

Verhandlungen der USP. mit Gewerkschaften und Parteien

Das Zentralkomitee der U. S. P. hatte auf Grund eines Aufrufs vom Sonntag sich an die beiden anderen sozialistischen Parteien, an den A. D. G. B. und die Afa gewandt, um über die gemeinsame Durchführung parlamentarischer und außerparlamentarischer Maßnahmen gegen Teuerung und Steuerlasten zu beraten. Da diese gemeinsamen Beratungen an dem Widerspruch der Führer der S. P. D. und des A. D. G. B. scheiterten, fand zunächst eine Aussprache zwischen U. S. P., S. P. D., Afa und dem A. D. G. B. statt, der heute eine Aussprache der U. S. P. und S. P. D. folgte. In beiden Aussprachen wurde eine weitgehende Uebereinstimmung über die sachlichen Forderungen festgestellt. Alle Organisationen verpflichteten sich zu deren energischer Vertretung. Um eventuell notwendig werdende Aktionen einzuleiten, wird die U. S. P. mit allen proletarischen Organisationen in ständiger Fühlung bleiben.

Die Einreiseerlaubnis wird erteilt

Wie mitgeteilt wird, hat die Interalliierte Kommission dem deutschen Bevollmächtigten mitgeteilt, daß sie in Zukunft die Einreiseerlaubnis für bevollmächtigte Vertreter der deutschen Regierung nicht mehr versagen werde, die zum Zwecke der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen in Oberschlesien Erkundigungen einzuziehen wollen. Die Interalliierte Kommission macht geltend, daß die früheren Bedenken jetzt, da die Genfer Verhandlungen begonnen hätten, nicht mehr bestünden.

Einem Einreisegesuch des Generalvertreters für die Wirtschaftsfragen Reichsministers a. D. von Raumer ist entsprochen worden.

Die Genfer Verhandlungen

Genf, 23. November. (W. T. B.)

Die ersten beiden Sitzungen der deutsch-polnischen Konferenz, die zunächst der Fühlungnahme zwischen den Vertretern der beiden Länder und dem Präsidenten sowie den Vorbesprechungen über den Arbeitsplan galten, nahmen einen würdigen Verlauf. Die Begrüßungsansprache Calonders machte auf alle Teilnehmer einen sehr günstigen Eindruck. Reichsminister a. D. Schiffer dankte ihm in kurzen Worten und betonte, daß Deutschland im Geist der Versöhnung und mit der ehrlichen Absicht, zu ersprießlichen Ergebnissen zu gelangen, an den Verhandlungen teilnehme.

Die Nachmittagssitzung war mehrstündigen Beratungen zur Aufstellung des Arbeitsplanes gewidmet. Die wichtige Frage des Verhandlungsortes fand eine alle Teilnehmer befriedigende Lösung. Hiernach werden in Genf Rahmenverhandlungen zwischen den Regierungsbevollmächtigten stattfinden, während die Kommissionen, die alle in der Note vom 20. Oktober berührten Aufgabengebiete zu bearbeiten haben, aus Valutarücksichten und auch aus sachlichen Gründen an Orten abgehalten werden sollen, die Oberschlesien näher liegen als Genf. Ein großer Teil der Kommissionssitzungen soll in Danzig stattfinden. Man nimmt an, daß die erste Genfer Tagung bereits Donnerstag abend zu Ende gehen wird, daß aber die Bevollmächtigten vielleicht noch vor Abschluß der gesamten Verhandlungen wieder in Genf zusammentreten werden. Die Schlußsitzung soll aber auf jeden Fall in Genf abgehalten werden.

Die Sitzungen fanden im Interesse zwangloser Aussprache unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Die Verhandlungssprache war deutsch und französisch. Ton und Form der Beratungen waren höflich und würdig. Präsident Calonder zeigte sich bemüht, möglichst die Führung nicht an sich zu reißen, sondern den Vertretern der beiden Staaten die direkte Verständigung zu erleichtern. Die Besprechungen sind, wie gesagt, nur vorbereitender Natur, trugen ausgesprochen sachlichen Charakter und gingen nicht über den Rahmen der Note vom 20. Oktober hinaus.

Ein notwendiger Protest

Wie die „Freiheit" seinerzeit berichtete, sandte der ungarische Reichsverweser, der berüchtigte Admiral Horthy, aus Anlaß des Todes Ludwig von Wittelsbach an den ehemaligen bayerischen Kronprinzen ein Telegramm mit der Anschrift: „An Seine Majestät König Rupprecht von Bayern". Diese freche Verhöhnung der deutschen Republik hat jetzt die verdiente Zurückweisung erfahren, indem die Reichsregierung auf diplomatischem Wege in Budapest nachdrücklichste Vorstellungen wegen des Telegramms erhoben hat.

Rücktritt Sepp Oerters

Wie die „Braunschweigische Landeszeitung" meldet, hat der Vorsitzende des braunschweigischen Staatsministeriums, Minister Sepp Oerter, in der Sitzung des braunschweigischen Landtages am 24. November seinen Rücktritt erklärt. Gleichzeitig kündigte er an, daß er sein Mandat als Landtagsabgeordneter niederlege. Die Rücktrittserklärung erfolgte im Anschluß an Beschuldigungen, die der Psychotherapeut Otto Otto in Blankenburg am Harz gegen Minister Oerter erhoben hat.

Bei der Freitag stattfindenden Neuwahl des Ministerpräsidenten wird wahrscheinlich der Abg. Grotewohl (U. S. P.) gewählt werden.

Boldts Ehrenwort

Wie der T. U. aus Hamburg gemeldet wird, hat die Hamburger Gefängnisdirektion auf Anfrage die bereits in der Presse aufgetauchte Nachricht bestätigt, daß Oberleutnant zur See a. D. Boldt mit seiner Flucht aus dem Gefängnis das gegebene Ehrenwort nicht gebrochen hat.

Demgegenüber behauptet der „Vorwärts", daß nach seiner Information Boldt nach Ablauf der Frist am 16. November sein Ehrenwort auf das Ersuchen des Gefängnisdirektors erneuert hat. Die Gefängnisdirektion hat die Pflicht, endlich vor aller Oeffentlichkeit den wahren Sachverhalt darzustellen. Freilich scheint es, als ob sie bei der ganzen Geschichte eine wenig einwandfreie Rolle gespielt hätte.

In elfter Stunde

Immer näher rückt der 15. Januar, der Termin, an dem Deutschland die nächste Zahlung von 500 Goldmilliarden an die Entente zu leisten hat. Durch die Kreditaktion der Industrie ist eine unverantwortliche Verlangsamung in der Erfassung der Mittel dafür eingetreten. Man tat so, als ob man freiwillig an der Aufbringung der Beträge mitarbeiten wolle, während man in Wirklichkeit nur die Pläne zu verhindern suchte, die eine wirkliche Aufbringung der Mittel sichern würden.

Die ernste Situation, in die Deutschland dadurch kommt, gelangt in einem Artikel der „Germania" zum Ausdruck. Sie bedeutet, daß es zweifellos die Entente mit den Zahlungsverpflichtungen Deutschlands „sehr ernst" nimmt, so ernst, daß „Sanktionen" in Aussicht stehen. Die „Germania" legt dann weiter dar, daß das die Folge des Wirkens jener Männer ist, die im Besitz der Produktionsmittel sich befinden und dadurch eine unumschränkte Macht auch über die Industrie ausüben. Sie nennt ausdrücklich den Namen Stinnes. Sie erinnert weiter daran, daß er auch in der Deutschen Volkspartei, der politischen Vertretung der Industrieweit, die Herrschaft über Stresemann errungen habe. Sie mahnt schließlich zu fester Leitung, zu entschlossener Tat, „denn allzuviel Zeit sei nicht mehr zu verlieren".

Die Vermerkungen der „Germania" finden ihre Bestätigung in einer Rede von Stresemann, die er in Offenbach gehalten hat. Er rückte von der Forderung der Enteignung der Eisenbahnen ab, bekannte sich zur Notwendigkeit einer Erfüllungspolitik, äußerte allerdings auch seine Gegnerschaft zu der Erfassung der Sachwerte.

Aber nicht nur in der Deutschen Volkspartei, sondern auch im Zentrum sind die Großindustriellen Gegner der Haltung der Regierung. Der bekannte Großindustrielle und Zentrumsabgeordnete Klöckner hat auf dem Zentrumsparteitag in Coblenz nach dem Bericht der „Kölnischen Volkszeitung" Kritik an der Haltung der Reichsregierung zu der Kreditaktion geäußert. Sie hätte sich zu Zugeständnissen bereit erklären müssen. Auch in bezug auf die Erfassung der Sachwerte trat Klöckner an die Seite der Deutschnationalen. Er wiederholte die falschen und irreführenden Berechnungen Helfferichs über die Werte der deutschen Aktiengesellschaften.

Alle diese Erscheinungen zeigen, daß es unverantwortlich ist, den Dingen so wie bisher ihren Lauf zu lassen. Freiwillig ist die Industrie zur Tragung der von ihr zu leistenden Beträge nicht bereit. Die Erfassung der Sachwerte durch Beschluß der gesetzgebenden Körperschaften ist der einzige Ausweg, der Deutschland vor den schwersten Gefahren schützen kann.

Auf dem Wege zur KAPD.

Das „Berliner Tageblatt" berichtet aus Hamburg, daß in der dortigen Bürgerschaftsversammlung der kommunistische Wortführer erklärte, auch in Hamburg würden in den nächsten Tagen Lebensmittelunruhen beginnen. Aber, genau so wie in Berlin, nicht von den Kommunisten hervorgerufen, sondern von Spitzeln und Provokateuren. Darauf erwiderte der rechtssozialistische Polizeisenator Hense, indem er über eine am 23. Oktober in Altona abgehaltene Versammlung der kommunistischen Führer berichtete:

„Dort wurde ausdrücklich, sogar schriftlich festgelegt, daß die gegenwärtige Lebensmittelnot und die damit zusammenhängende Lohnbewegung unbedingt und mit allen Mitteln zur Aufreizung der Arbeiter ausgenützt werden müsse, da vielleicht auf Jahre hinaus eine solche günstige Gelegenheit, in die Arbeiterschaft eine für die kommunistischen Ziele nützliche Erregung zu tragen, nicht wiederkehren werde; Ende November oder spätestens Anfang Dezember müsse die Bewegung einsetzen, man müsse auch in die den Kommunisten noch nicht zugänglichen Betriebe eindringen, um dort die Arbeiter aufzuwiegeln. Natürlich verursachten diese Mitteilungen, gegen die von kommunistischer Seite nur schwache Ableugnungsversuche unternommen wurden, eine ungewöhnlich große Bewegung auf allen Seiten des Hauses und bei den Kommunisten hilflose Wut."

Soweit der Bericht des „Berliner Tageblatts". Diese Behauptungen, ihre Richtigkeit vorausgesetzt, würden nur bestätigen, daß in der Hamburger K. P. D. eine K. A. P.-Distische Stimmung herrscht, die so weit geht, daß sogar der ultraradikale Thälmann in Hamburger Versammlungen heruntergebrüllt wird.

Der abflauende Hungerstreik

Wie amtlich mitgeteilt wird, ist in Torgau der Hungerstreik beendet.

In Lichtenburg essen noch vier Gefangene nicht; zwei davon erhalten anscheinend Nahrung von Mitgefangenen zugesteckt. Der Zustand aller Gefangenen ist unbedenklich, eher gebessert. Die Gefangenen in Lichtenburg werden nunmehr in Gruppen, nicht mehr alle zusammen, untergebracht. Nur in einem Falle ist die Gruppe 20 Mann stark, sonst sind die Gruppen viel kleiner.

In Wittenberg essen alle Gefangenen.

Kleine Nachrichten

Verworfene Revision. Hauptmann a. D. von Kessel, der im März vom Schwurgericht beim Landgericht I in Berlin von der Anklage des Meineids und des Mißbrauches der Amtsgewalt freigesprochen und nur wegen Herausforderung zum Zweikampf zu einer Woche Festungshaft verurteilt worden war, hatte gegen das Urteil Revision eingelegt. Das Reichsgericht verwarf heute diese als unbegründet.

Die Siwinna-Blätter nicht an Polen verkauft? Wie der Kattowitzer Berichterstatter der „Dena" von offenbar zuverlässiger Seite erfährt, entsprechen alle Meldungen, nach denen die im Verlag Siwinna (Kattowitz) erscheinenden Blätter „Kattowitzer Zeitung" und „Königshütter Tageblatt" in polnische Hände übergegangen sein sollen, nicht den Tatsachen.

Kongreß der englischen Arbeitslosen. In Manchester trat ein Kongreß von Vertretern der Arbeitslosen zusammen, der von 150 Delegierten aus England und Schottland besucht war. Der Kongreß soll Richtlinien für eine einheitliche Politik in der Arbeitslosenfrage feststellen. In seiner Eröffnungsansprache wandte sich der Vorsitzende gegen die Absicht der Regierung, die Arbeitslosenfrage auf dem Wege der privaten Wohltätigkeit zu lösen. Die Exekutive der Gewerkschaften und der Arbeiterpartei beschlossen gleichfalls, die Einberufung eines Kongresses, der sich lediglich mit der Arbeitslosenfrage beschäftigen soll.

Die Aufstandsbewegung in Indien. Der jetzt vom Ministerium für Indien ausgegebene Bericht über die Kämpfe mit den Moplahs besagt, daß der britische Vorstoß nördlich des Tempore-Flusses erfolgreich gewesen sei. 283 Moplahs wurden getötet, 54 gefangen. Bei einem Angriff der Moplahs auf die Truppen-Baracken von Pandikkad wurden 284 Moplahs getötet und 30 verwundet. Bei diesem Angriff kamen auch 4 Engländer ums Leben.

Minierarbeit der Steuerscheuen

Die sofortige Zahlung der Einkommensteuer abgelehnt

Der Reichstagsausschuß für die Besitzsteuern hatte am Dienstag beschlossen, die allgemeine Debatte abzubrechen und am Mittwoch die Spezialdebatte über das Vermögensteuergesetz zu beginnen. Trotzdem gab es am Mittwoch wiederum eine allgemeine Debatte über die Erfüllungsmöglichkeiten des Friedensvertrages, des Ultimatum usw. Auch am Mittwoch wurde erneut beschlossen, am Donnerstag nun endlich in die Spezialdebatte einzutreten. Trotzdem gab es auch am Donnerstag wiederum eine allgemeine Debatte, in der Helfferich eine seiner üblichen langen politischen Reden hielt. Den Anlaß dazu gab ein demokratischer Antrag, der von der Regierung die Aenderung des Tarifs im Vermögensteuergesetz auf Goldmark verlangte.

Ministerialdirektor Popitz gab dazu folgende Erklärung ab: Der Antrag auf Abstellung des Tarifs des Vermögensteuergesetzentwurfs auf Goldmark und auf Zugrundelegung der inneren Kaufkraft für die Umrechnung hat viel Bestechendes für sich. Er ist aber praktisch kaum durchführbar. Nach diesem Antrag soll ermittelt werden, welche Leistungsfähigkeit die jetzt festgestellten Vermögen und Einkommen im Frieden gehabt haben würden. Vermögen und Einkommen müssen zunächst nach Papiermark ermittelt und dann durch eine bestimmte Zahl dividiert werden. Man könnte an die Goldmark als Divisor denken. Der Einfluß nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch politischer und spekulativer Momente auf den Valutastand macht das praktisch unmöglich. Ferner könnte man an die Zahl als Divisor denken, die die innere Kaufkraft der Mark darstellt. Diese innere Kaufkraft läßt sich aber nicht zuverlässig ermitteln. Die verschiedenen Indexaufstellungen in Deutschland, besonders der Index der „Frankfurter Zeitung" und der des Statistischen Reichsamts, weichen im Ergebnis erheblich voneinander ab. Dem Markstand kann nur dadurch Rechnung getragen werden, daß bei der Einkommensteuer die Steuerstufen entsprechend weit auseinander gezogen werden. Eine solche Regelung würde auch

die Lohnsteuer in Frage stellen.

Bei der Vermögensteuer können die wirtschaftlich als zutreffend anerkannten Gesichtspunkte nur im Rahmen des Vermögensteuergesetzentwurfs berücksichtigt werden. Bei einer grundlegenden wirtschaftlichen Aenderung müssen auch die Steuertarife den Verhältnissen angepaßt werden.

Abg. Keinath (Dem.): Die von der Regierung angeführten Schwierigkeiten sind sehr übertrieben. Das Ziel des Antrages meiner Partei, eine festere Basis an Stelle der schwankenden Papiergeldgrundlage in den Tarifen der direkten Steuergesetze zu legen, ist von großer Wichtigkeit. Die Regierung müßte eine Ausarbeitung für die zweite Lesung vorbereiten, sonst muß man sich in ganz kurzen Zeiträumen durch Steuernovellen den sich ändernden Geldverhältnissen anpassen.

Abg. Dr. Helfferich (Dn.) hielt daraufhin wieder eine lange Rede über die Unerfüllbarkeit des Ultimatums und der Notwendigkeit der Einführung einer neuen Währung.

Zur Geschäftsordnung erhob Abg. Dr. Hertz (U. S. P.) gegen diese Taktik Einspruch. Trotz des zweimaligen Beschlusses auf Beendigung der allgemeinen Debatte sei sie jetzt bereits zum zweiten Male neu begonnen worden. Die langen Reden mit demselben Inhalt verhindern das Fortschreiten der Beratungen. Diese Art der Verhandlung des Ausschusses müsse in der Oeffentlichkeit den Eindruck hervorrufen, als ob

Obstruktion getrieben werde.

Das könnten seine Freunde nicht verantworten. Wenn man nicht endlich in die Spezialdebatte eintrete, könnten sich seine Freunde an der weiteren Beratung nicht beteiligen.

Helfferich bestritt erregt, irgendwelche Obstruktionsabsichten zu haben. Es sei unerhört, daß solche Bemerkungen hier gemacht werden.

Abg. Dr. Breitscheid (U. S. P.) wendet sich gegen Helfferich, der durch seine langen Reden diesen Eindruck hervorgerufen habe.

Abg. Bernstein (S. P. D.) schließt sich dem an.

Dieser kräftige Vorstoß nützte. Nach kurzen Bemerkungen wurde die allgemeine Debatte beendet und der demokratische Antrag einem Unterausschuß überwiesen.

Weitere Anträge der Deutschen Volkspartei auf Vorlegung einer Aenderung der Tarife des Einkommens- und des Erbschaftssteuergesetzes und Vorlegung einer Uebersicht über die Finanzen und die Steuergesetzgebung der Länder und Gemeinden werden einstimmig angenommen. — Eine längere Debatte verursacht der Antrag der Unabhängigen auf

sofortige Einziehung der Einkommens- und der Umsatzsteuer.

Der Antrag wird von Dr. Hertz (U. S. P.) begründet, von Roßmann (S. P. D.) unterstützt. Staatssekretär Dr. Zapf bekämpft den Antrag. Ebenso alle bürgerlichen Parteien mit Einschluß der Demokraten. Trotz des Hinweises des Abg. Bernstein (S. P. D.), daß die sofortige Zahlung der rückständigen Einkommensteuer den weiteren Notendruck verhindere oder wenigstens verlangsame und der Geldentwertung entgegenwirke, lehnen die bürgerlichen Parteien den Antrag geschlossen ab.

In der weiteren Beratung rennt die Rechte Sturm gegen die Steuerbefreiung der Unternehmungen von Reich, Ländern und Gemeinden. Abg. Dr. Hertz (U. S. P.) äußert ernste Bedenken gegen diesen Antrag. Wir gehen von dem Standpunkt aus, daß gemeinnützige Unternehmungen steuerlich nicht benachteiligt, sondern sogar bevorzugt werden müssen. Wie kann man es verantworten, den Gemeinden, denen man fast alle Steuerquellen genommen hat, nun auch noch diese Lasten aufzuerlegen? Die Folge wäre doch eine erhebliche weitere Verteuerung der Tarife bei Gas, Elektrizität usw. Wenn aber eine Rückerstattung in Aussicht genommen wird, so ist das doch eine Erschwerung der Verwaltung und eine Förderung der Unübersichtlichkeit der Steuergesetze, während man angeblich das Gegenteil will. Die Städte haben auch mit den in Aussicht gestellten Erstattungen die schlechtesten Erfahrungen gemacht. Abg. Simon (S. P. D.) und schließlich auch Herold (Zentr.) schließen sich ihm an. Der Antrag wird abgelehnt. Glücklicher ist die Rechte bei ihren Anträgen auf

steuerliche Bevorzugung des Grundbesitzes

und der Befreiung der Ausländer, die Anteile an inländischen Gesellschaften haben. Trotzdem die Regierung auf die ernsten Bedenken einer Milderung der von ihr vorgeschlagenen Bestimmungen festhielt und die Linke das Verhalten der Rechten einschließlich des Zentrums und der Demokraten scharf kritisierte, gelangten diese Anträge zur Annahme.

Klar hat sich damit bereits die Linie der kommenden Front bei der Steuergesetzgebung gezeigt. Der Block der Steuerscheuen ist wieder zur Stelle, wenn es gilt, durch irgendeine Verbesserung der bisherigen Steuergesetzgebung die Steuerquelle ergiebiger zu gestalten. Wenn auch die Vertreter des Zentrums und der Demokraten eine Aenderung ihrer Haltung für die zweite Lesung in Aussicht gestellt haben, so kann doch schon jetzt gar kein Zweifel daran sein, daß sie sich gegenseitig in die Hand arbeiten. Die bürgerlichen Parteien haben keine Empfindung für den Ernst der Situation. Sie begnügen sich mit platonischen Erklärungen, wo aber der Besitz herangezogen werden soll, versagen sie. **Wie lange will die Reichsregierung diesen Dingen noch zusehen? Immer mehr gewinnt es an Wahrscheinlichkeit, daß das im Reichswirtschaftsrat gesprochene Wort, „der Reichsfinanzminister hat den Reichskanzler erschlagen", bald Wirklichkeit wird.**

Aus dem Beamtenausschuß

Der Beamtenvertretungs-Gesetzentwurf steht zur Beratung. Steinkopf (S. P. D.) als Berichterstatter übt scharfe Kritik an dem Entwurf und bedauert, daß er dem Minister Gradnauer zugeredet habe, seinen Namen darunter zu setzen. Abg. Delius (Dem.) und Schuldt (D. Vp.) üben gleichfalls Kritik und erklären, daß schon die Bezeichnung Beamtenvertreter symbolisch wirke, da man statt Beamtenräte die Benennung Beamtenvertreter gewählt habe. Eine Reihe Regierungsvertreter versuchten den Entwurf zu verteidigen, stießen jedoch auf lebhaften Widerstand.

Genossin Zietz übte gleichfalls scharfe Kritik, besonders am Aufbau des Entwurfs und am Wahlrecht. Bei dem vorgesehen ist, daß nach drei Gruppen gewählt werden soll, untere, mittlere und obere Beamte. Beim Wahlrecht ist ferner vorgesehen, daß die Beamten, um wählbar zu sein, drei Jahre Beamte und sechs Monate im betreffenden Ressort tätig gewesen sein müssen. Durch diese Bestimmungen würde, wenn Gesetz, eine Gruppe von Beamten ihres Wahlrechts beraubt werden, vor allem diejenigen Beamten, die erst nach der Revolution angestellt worden sind. Im Entwurf sind auch keine Schlichtungskommissionen vorgesehen, sondern als letzte Instanz bei Streitfragen entscheidet der höchste Vorgesetzte, Beamte, also der Minister. Auch sind keine Betriebsversammlungen vorgesehen. Genossin Zietz betonte weiter, daß so, wie der Gesetzentwurf heute sei, er einen durch und durch reaktionären Charakter gegenüber dem Prinzip des Beamtenrechts trage. Er sei für die freiheitlich gesinnte Beamtenschaft sowie für unsere Partei unannehmbar.

Genosse Brennig tritt den Ausführungen des Ministerialrats Keser vom Reichsverkehrsministerium entgegen und führte aus: Die Eisenbahner verlangen vom Reichstag, daß ihre Forderung auf Gleichstellung der Beamten mit den Arbeitern erfüllt werde. Genosse Brennig wies an einer Reihe von Fällen nach, daß die Reichsverkehrsverwaltung versucht, das Betriebsrätegesetz zu umgehen, und einerseits den Arbeitern gesetzliche Rechte streitig macht, um auf der andern Seite unter zu Unrecht erfolgter Berufung auf das Betriebsrätegesetz auch den Beamten bereits durch den Beamtenräteerlaß gewährte Rechte wieder zu entziehen. Er wies, die Ansicht des Regierungsvertreters, die Annahme sei irrtümlich, „daß alle Arbeiterangelegenheiten zur Zuständigkeit der Betriebsräte gehören", mit aller Entschiedenheit zurück und betonte, daß die Eisenbahnergewerkschaften ein Schiedsgericht angerufen haben, damit darüber entschieden werde, ob im Betriebsrätegesetz festgelegte Rechte der Arbeiter durch den Tarifvertrag beseitigt werden können.

Erhöhung der Zölle für Kaffee und Kakao abgelehnt

Der Reichstagsausschuß für Verbrauchssteuern beschäftigte sich am Mittwoch und Donnerstag mit dem Entwurf eines Gesetzes über Erhöhung von Zöllen. Im Mittelpunkt der sehr lebhaften Aussprache stand die Erhöhung der Zollsätze für Kaffee, Kakao, Tee und Gewürze. Die Vertreter der U. S. P. D., die Genossen Henke, Mehrhof und Genossin Karch, protestierten gegen die Verteuerung dieser wichtigen Genuß- und Nährmittel.

Ein Regierungsvertreter führte unter Berufung auf wissenschaftliche Gutachten aus, daß Kakao kein Nährmittel, sondern ein Genußmittel sei. Einer Erhöhung des Zollsatzes könne also ohne Bedenken zugestimmt werden. Genosse Mehrhof erwiderte, bei aller Achtung vor der Wissenschaft müsse daran erinnert werden, daß im Kriege gewisse „Leuchten" mit Professorentiteln behauptet hätten, die Kriegskost sei für die Menschen bekömmlicher und besser gewesen als eine normale Ernährung. Tatsache sei, daß Kakao in der heutigen Zeit des Milchmangels ein wichtiges Kindernährmittel geworden ist. Eine Verteuerung durch Zollerhöhung müsse entschieden abgelehnt werden.

Genossin Karch wendete sich ebenfalls energisch gegen die Verteuerung des Kaffees und des Kakaos vom Standpunkt der Hausfrau. Genosse Henke betonte, daß die ungeheuren Preise für Kaffee infolge der Geldentwertung den Konsum in den Kreisen der Lohn- und Gehaltsempfänger enorm herabgedrückt haben.

Obwohl die Argumente der Redner unserer Fraktion als richtig anerkannt wurden, stimmte die Mehrheit des Ausschusses schließlich für Erhöhung der Zollsätze für Bananen, Datteln und Gewürze. Für rohen Kaffee soll der alte Tarifsatz bestehen bleiben, für gebrannten Kaffee, Kaffeepulver, Kaffeeessenz usw. der Zoll auf 300 M. für den Doppelzentner erhöht werden. Weiter wurde beschlossen, die alten Zollsätze für Kakaobohnen und Tee nicht zu erhöhen.

Erhöhung der Mehlration abgelehnt

Im Reichstagsausschuß für Volkswirtschaft wurde am Donnerstag der unabhängige Antrag auf Erhöhung der täglichen Mehlration auf 250 Gramm behandelt. — Der Präsident der Reichsgetreidestelle berichtete vertraulich über die Getreidebestände, den Stand der Ablieferung auf die Umlage und über die Einfuhr. An eine Erhöhung der Brotmehlration sei nicht zu denken. — Abg. Schlack (Zentr.) beantragte, die Reichsregierung möge mit den Landwirteorganisationen zwecks Erwerbung von einer Million Tonnen Brotgetreide verhandeln, um die Erhöhung der Mehlration vornehmen zu können. — Abg. Simon (U. S.) forderte die im Golde schwimmenden Landwirte auf, jetzt ein Opfer zu bringen und die vorhandenen Getreidemengen dem darbenden Volke zu annehmbaren Preisen zur Verfügung zu stellen. — Der unabhängige Antrag wurde abgelehnt, der Antrag Schlack (Zentr.) angenommen. Angenommen wurde ferner der Antrag der Sozialdemokraten, der die Zusammensetzung des Aufsichtsrats der Reichsgetreidestelle ändert.

Was in der Zentralarbeitsgemeinschaft vorgeht

Wir haben berichtet, daß die Zentralarbeitsgemeinschaft sich mit dem Plane der Großindustrie, die Verschacherung der Eisenbahnen an das Großkapital betreffend, beschäftigt hat. Ueber das Ergebnis dieser Verhandlungen, deren Schädlichkeit wir mehrfach betont haben, sind bisher entweder nur dunkle Andeutungen in die Oeffentlichkeit gedrungen oder es ist völliges Stillschweigen gewahrt worden. Jetzt berichtet Herr Baltrusch, der Geschäftsführer der christlichen Gewerkschaften, der an diesen Verhandlungen teilgenommen hat, einiges darüber. Er veröffentlicht in der Zeitung „Der Deutsche" einen Artikel, der ziemlich ausführliche Angaben über die Beratungen und ihr Ergebnis enthält. Baltrusch schreibt etwa folgendes:

Die Vertreter der Reichsverbandes der Deutschen Industrie, vor allem die Herren Dr. Silverberg und Stinnes hätten erklärt, daß sie gar nicht daran dächten, eine Ueberführung der Eisenbahnen auf das Privatkapital vorzunehmen. Sie wünschten nur „privatwirtschaftliche Formen, in denen sich außer dem Reiche auch die Vertreter der deutschen Erwerbsstände, vornehmlich auch die Arbeiterschaft, an einer Betriebsgemeinschaft die weiteren Kreisen zugänglich sei, beteiligen sollten." Die Arbeitgebervertreter, außer Dr. Silverberg und Stinnes auch Geheimrat Bücher, hätten auch in Aussicht gestellt, daß sie der Zentralarbeitsgemeinschaft alsbald einen ausgearbeiteten Plan für die Umbildung der wirtschaftlichen Reichsbetriebe vorlegen würden. Dieser Plan soll innerhalb kurzer Frist in der Zentralarbeitsgemeinschaft zur Beratung gelangen. Die Vertreter der Industrie seien auch der Behauptung entgegengetreten, daß sie die Beseitigung des Achtstundentages beabsichtigten. Die Arbeitervertreter, auch die der sozialistischen Gewerkschaften, hätten sich schließlich bereit erklärt, über Mittel und Wege zu einer raschen Sanierung der Eisenbahnen mit den Arbeitgebervertretern weiter zu beraten.

Obwohl man aus diesen Mitteilungen des Herrn Baltrusch nicht den Vorwurf gegen die Vertreter der Freien Gewerkschaften konstruieren kann, daß sie schließlich bereit sein werden, auf die letzten Pläne der Großindustrie einzugehen, so genügt doch schon diese Mitteilung des christlichen Gewerkschaftsführers, um den bürgerlichen Parteien die Hoffnung auf einen endgültigen Erfolg der Bestrebungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie von neuem zu beleben. Einige Preßäußerungen lassen das deutlich erkennen. Wir wiederholen daher, daß nach unserer Auffassung derartige Schritte der leitenden Körperschaften der freien Gewerkschaften die Arbeiterschaft in ihrem einmütigen Kampf gegen diese Erpressungspläne nur irremachen kann.

Aber von dem abgesehen, zeigt vor allem die Aeußerung des Herrn Baltrusch, daß die christlichen Gewerkschaften sehr starke Neigungen zu einem schiedlichen Uebereinkommen mit den Vertretern des Unternehmertums in der Zentralarbeitsgemeinschaft zeigen. Nach den Mehrheitsverhältnissen innerhalb dieser Körperschaft würde eine Zustimmung der christlichen Gewerkschaften zu den Absichten der Unternehmer schon genügen, um innerhalb der Zentralarbeitsgemeinschaft eine Mehrheit für die Pläne des Kapitals herbeizuführen. Wenn das Unternehmertum seinen Willen durchsetzen will, dann wird es sich auch nicht dadurch hören lassen, daß ein solcher Beschluß nur durch ein Abweichen von den bisherigen Geschäftsordnungsgepflogenheiten der Zentralarbeitsgemeinschaft möglich ist. Es wäre eine Tat der Vertreter der Freien Gewerkschaften, wenn sie in einem solchen Augenblick durch das Verlassen dieser Körperschaft einen solchen Streich unmöglich machen würden.

Der kommende Mietszins

Ein Ausschußbeschluß für die Berechnung der Miete

Das Reichsmietengesetz, das Richtlinien für die Höhe der Miete aufstellt, wird zurzeit im Wohnungsausschuß des Reichstages beraten. Am Dienstag wurde hier folgender Antrag Dr. Runkel (D. Vp.) angenommen:

Bei Berechnung der gesetzlichen Miete ist von dem Mietzins auszugehen, der für die mit dem 1. Juli 1914 beginnende Mietzeit vereinbart war (Friedensmiete). Der in der Friedensmiete für Betriebs- und Instandsetzungskosten enthaltene Betrag ist abzurechnen. Das gleiche gilt für Vergütungen, die in der Friedensmiete für die Heizstoffe, für Sammelheizung oder Warmwasserversorgung oder für andere von der obersten Landesbehörde bestimmte Nebenleistungen enthalten sind. Die oberste Landesbehörde hat für die abzurechnenden Beträge Hundertsätze der Friedensmiete festzusetzen. Der sich nach Abzug dieser Hundertsätze ergebende Betrag bildet die Grundmiete.

War eine Friedensmiete nicht vereinbart, oder läßt sie sich nicht mehr feststellen, oder weicht sie aus besonderen, in der damaligen Beschaffenheit des Raums oder den damaligen Verhältnissen der Vertragsteile liegenden Gründen in außergewöhnlichem Umfange von dem damaligen ortsüblichen Mietzins ab, so hat das Einigungsamt auf Antrag eines Vertragsteils als Friedensmiete den ortsüblichen Mietzins festzusetzen. Das gleiche gilt für Gebäude und Gebäudeteile die nach dem 1. Juli 1914 bezugsfertig geworden oder in erheblicher Weise baulich verändert sind oder zu wesentlich anderen Zwecken verwendet werden, sofern diese Umstände einen abweichenden Mietzins rechtfertigen. Der Umstand, daß damals in der Gemeinde das Angebot von Räumen die Nachfrage überstieg, rechtfertigt eine Erhöhung der Mieten.

Zu obiger Grundmiete treten Zuschläge für

1. die Steigerung der Zinsen einer in der Vorkriegszeit für die Gemeinde allgemein üblichen Belastung des damaligen Grundstückswertes und die Kosten für die Erneuerung dieser Belastung,
2. die Betriebskosten,
3. die Kosten für laufende Instandsetzungsarbeiten.

Betriebskosten sind für das Haus zu entrichtende Steuern, öffentliche Abgaben, Versicherungsgebühren, Verwaltungskosten und ähnliche Unkosten.

Die Kosten der Heizstoffe für Sammelheizung und Warmwasserversorgung sind nicht zu berücksichtigen.

Als laufende Instandsetzungsarbeiten gelten nicht die Erneuerung der Dachrinnen und Abfallrohre, das Umdecken des Daches, der Abputz oder Anstrich des Hauses im äußern, der Neuanstrich des ganzen Treppenhauses im Innern, die Erneuerung der Heizanlage bei Sammelheizung und Warmwasserversorgung. (Große Instandsetzungsarbeiten.)

Die Oberste Landesbehörde kann anordnen, daß der Vermieter die sachgemäße Verwendung der Gelder nachzuweisen hat. Auf Antrag des Mieters oder von Amts wegen kann die sachgemäße Ausführung der Instandsetzungsarbeiten durch geeignete Anordnungen gesichert werden.

Die Erwerbslosigkeit Ende Oktober

Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen (nicht gleichbedeutend mit der Zahl der Erwerbslosen überhaupt) ist im Monat Oktober weiter gesunken, und zwar ist die Zahl der männlichen Unterstützungsempfänger von 142 000 auf 115 800, die Zahl der weiblichen von 43 000 auf 36 300, die Gesamtzahl von 185 000 auf 152 000 gefallen. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigten Familienangehörigen der Vollerwerbslosen) ist von 203 000 auf 168 000 zurückgegangen. Auch während der ersten Novemberwoche hat die Erwerbslosigkeit noch eine mäßige Abnahme erfahren, doch scheint der tiefste Stand nunmehr erreicht zu sein. In der Landwirtschaft und im Bauwesen hat die Arbeitsgelegenheit im Zusammenhang mit der Jahreszeit naturgemäß abgenommen. Aber auch soweit der Rückgang der Erwerbslosigkeit mit den Angstkäufen im Inland und mit dem Valuta-Ausverkauf nach dem Ausland zusammenhing, ist, wie erwartet, ein Stillstand eingetreten. Den unvermeidlichen Rückschlägen wird nach Möglichkeit vorgebeugt werden müssen, insbesondere durch die bessere sozialpolitische Auswertung der öffentlichen Aufträge und Arbeiten. Das Zustandekommen des beabsichtigten Gesetzes über eine vorläufige Arbeitslosenversicherung vor Eintritt allzu schwieriger Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt erscheint dringend erwünscht.

Das entscheidende Merkmal dieses Berichtes ist, daß das Reichsarbeitsministerium glaubt, der tiefste Stand der Arbeitslosigkeit sei mit der genannten Summe von 152 000 erreicht. Auch bei der vorigen Konjunkturepoche Ende 1919 und Anfang 1920 blieb ungefähr die gleiche Zahl als dauerarbeitslos übrig. Wa[illegible] wird [illegible] it ihren? Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß e[illegible] den [illegible] die deutsche Wirtschaft eine bestimmte Zahl von [illegible]kräften für dauernd abgestoßen. Es wäre darum zweckmäßig, die Untersuchung über den Stand der Dauerarbeitslosigkeit bald und gründlich zu wiederholen.

Eine unangenehme Ueberraschung!

Wir sind von unseren Lieferanten durch ganz unglaubliche Preisaufschläge überrascht worden.

So kostet uns jetzt z. B. eine Gold-DoubléBrille, wenn wir sie beziehen, M. 81.— selbst. Wir verkaufen sie augenblicklich noch mit M. 76.— ohne Gläser. Wir müssen also noch bares Geld darauf zahlen, um das Lager durch die verkaufte Brille zu ergänzen.

Allerdings müssen wir zugeben, daß die Aufschläge, soweit sie Gold und Gold-Doublé betreffen, berechtigt sind, da der Feingoldpreis innerhalb sechs Monaten von M. 40.— auf M. 220.— pro Gramm emporgeschnellt ist.

Trotzdem wollen wir unsere werte Kundschaft nicht in gleich unangenehmer Weise überraschen. Wir kündigen daher unsere Preiserhöhung schon jetzt an.

Sie tritt am 1. Dezember in Kraft. Bis dahin kaufen Sie bei uns noch zu den bisherigen Preisen, das heißt also vielfach unter unseren Einkaufspreisen. Für Neuanfertigungen und für neu hereinkommende Ware müssen aber schon heute die erhöhten Preise in Anrechnung kommen.

Unsere Preise für Gläser pro Paar!

	jetzt:	ab 1. Dezember
bi-Gläser	M. 12.—	M. 18.—
Optal-Gläser	„ 19.—	„ 24.—
Punktorit-Gläser	„ 24.—	„ 32.—
Sanoskop	„ 32.—	„ 42.—

Optiker Ruhnke

C Spittelmarkt Ecke Wallstr. · Alexander-Platz n. Aschinger
W Friedrich-Str. 193a Ecke Leipziger Str. · Leipziger Str. 113 Ecke Mauer-Str. · Link-Str. 1 Ecke Potsdamer Str.
SW Belle-Alliance-Str. 4 nahe Hallesches Tor
NW Friedrich-Str. 150 Ecke Dorotheen-Str.
N Chaussee-Str. 72 nahe Müller-Str. · Schönhauser Allee 81 am Bhf. Nordring
N Friedrich-Str. 106 Ecke Ziegel-Str. · Invaliden-Str. 164 Ecke Brunnen-Str. · Invaliden-Str. 117 am Stettiner Bhf.
O Frankfurter Allee 14 nahe Tier...
SO Oranien-Str. 44 zwischen Moritz- und Oranien-Platz
S Kottbuser Damm 10 nahe Hermannplatz
Neukölln: Berg-Str. 4, Ecke Ziethen-Str.
Friedenau: Rhein-Str. 18, Ecke Kirch-Str.
Charlottenburg: Lounitzen-Str. 15 Ecke ... · Joachimsthaler Str. 3 nahe Bhf. Zoo
Schöneberg: Haupt-Str. 21 Ecke Akazien-Str.
Wilmersdorf: Berliner Str. 1 ...
Spandau: Breite Str. 18 nahe Markt

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne 7 Uhr: König Lear

Neues Volkstheater Köpenicker Str. 68, 7½ Uhr: Rose Bernd

Staatstheater. Opernhaus 7½ U.: Das Christ-Elflein. Schauspielhaus 7½ Uhr: Othello

Dir.: Max Reinhardt. **Deutsches Theater** 7¼ Uhr: Louis Ferdinand Prinz von Preußen

Kammerspiele 7 U.: Der Hühnerhof

Großes Schauspielhaus Karlstraße 7¼ Uhr: Die Räuber

Theater i. d. Königgrätzer Str.: 7.30: Manon Lescaut (Orska, Rauffen, Riemann, Bildt, Brandt, Picha, v. Twardowski, Nehkopf, Appelt, Klupp) Sbd.: Fidelio. Stg.: Manon Lescaut

Komödienhaus: 7.30 Uhr: Die Fahrt ins Blaue (Gläßner, Richard, Engl, Pirschl, Seiebal)

Berliner Theater: Abends 7.30 Uhr: Prinzessin Olala. Fritzi Massary a. G. Ralph Arth. Roberts, Poni Janna, Herb. Kiper

Komische Oper 7½, allabendlich 7½: Die große Ausstattungs-Operetten-Revue Der Herr der Welt

Wallner-Theater Täglich 7.30 Uhr: Nixchen

Trianon-Theater Täglich 7½ Uhr: Der große Erfolg Mein Freund Teddy

Residenz-Theater 7 Uhr: Das weite Land

Kleines Theater Täglich 7½ Uhr: Frl. Josette — meine Frau

Theater am Nollendorfplatz 7 Uhr: Die Ehe im Kreise

Walhalla-Theater 7½ Uhr: Jung muß man sein

Theater des Ostens 7½ Uhr: Fidele Brüder

Theater a. Kottbuser Tor Tel.: Mpl. 16077. Tägl. 7½ U. u. Stg. nach. 3 U.: Elite-Sänger. Sonnabd. 3 U. Gastsp. d. Lust.-Th. Kinder-Märchen-Vorstellung: Struwwelpeter. Halbe Preise. Vorverkauf 11–1½ u. 4–6

Metropol-Varieté Behrenstraße 54. 8 Uhr: 11 Sensationen 11

81 Apollotheater 81 Friedrichstraße 218. Unter persönlicher Leitung d. Komponisten Paul Lincke: FRAU LUNA. Ausstattungsoperette

7½ **Casino-Theater** 7½: Der Weg zum Glück. Stg. 3½: Lustige Studenten

Circus Busch Tgl. 7½, Stg. auch 3 U.: Der Sonntag naht! Nachm. 3 U. 1 Kind frei. Benutzen Sie Vorverk. Wertheim und Circuskasse

Alhambra Varieté am Moritzplatz: Das Riesen-Programm und die Entscheidungs-Kämpfe im Damen-Boxkampf. Gut geheizt

L·T·L Luisen-Theater Reichenberger Str. 34. Filmschau · Bühnenschau. 25. Nov. — 1. Dezember. Bühnenschau: Persönlich. Gastspiel des beliebten Komikers Arnold Rieck vom Thalia-Theater, Berlin, in Gelegenheit macht Liebe. Posse mit Gesang u. Tanz. In d. weiteren Hauptroll. Gerda Lene Busch, Franz Boisel. Ferner: Das große Filmprogramm! Beginn: Wochent. 6 u. 8¾, Sonntags 4, 6¼ u. 8¾

25 Mk. wöchentliche Teilzahlung. **Herren-Anzüge und Ulster** in nur gedieg. Ausführungen u. Stoffen, solange Vorrat reicht, zu billigen Preisen. Gebr. Kassner, Lützowstraße 6 am Nollendorfplatz.

Geld für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Fächer usw. Wolff, Friedrichstr. 41, III. Ecke Kochstr.

Alt- sowie Edelmetalle kauft wegen dringenden Bedarf zu den höchsten Tageskursen. Metallschmelze Mariannenstraße 12

Preis das Paket M. 4.-

Läuse Schwaben Flöhe Holzwurm Wanzen beseitigen Sie in ½ Stunde nur mit Echolda (n. Fachm. hergestellt). 100 000 sind zufriedengestellt. Ueber den Erfolg werden Sie staunen. Verlangen Sie nur Echolda. Fabr. Echolda-Werke, Essen. Zu haben in der Drogerien: Berlin N: Umann, Invalidenstr. 33; Humboldt-Drog., Brunnenstr. 90; H. Knappe, Reinickendorfer Str. 88; Kraft, Reinickendorfer Str. 119; H. Lange, Brunnenstr. 157; E. Luftig, Schönhauser Allee 86; Residenz-drogerie, Exerzierstr. 22; O. Kirschke, Bastianstr. 2; Brüsseler Drogerie, Brüsseler Str. 49; O. Kanzler, Müllerstr. 157 a. Leopoldpl.; H. Schweitzer, Oranienburger Str. 69; NW: A. Ochern, Waldenserstr. 18; Drogenhaus Moabit, W. A. Born, Alt-Moabit 40, gegenüb. Jungendorffstr.; C: E. F. Neumann, Stralauer Straße 26; Prager, Neue Promenade 2 (Nähe Bahnhof Börse); O: Andreas-Drogerie, Kleine Andreasstr. 12; Glocken-Drog., Petersburger Straße 83, a. Baltenpl.; Hubertus-Drog., Ebertystraße 48; Pietsch, Grünberger Straße 7; S: G. Lehrke, Kottbuser Damm 81/82; SO: E. Berger, Brückenstr. 12; Central-Drogerie und Sanitätsbazar des Südostens, Dresdener Str. 18; Drogenhaus A. Guraffa, Georgstr. 21; E. Berger, Brückenstr. 12; SW: E. W. Weirich, Blücherstr. 1; Charlottenburg: Stephan-Drog., Wilmersdorfer Straße 14; Lichtenberg: F. Heinrich, Frankfurter Allee 257; Neukölln: Zentral-Drog., Boddinstr. 65; Pankow: Georg Gorns, Breite Straße 40; Schöneberg: Drogenhaus Oswald Schäfer, Akazienstr. 4; Steglitz: Drogerie und Parfümerie Grap, Albrechtstr. 11; Tegel: H. Farchmin, Berliner Straße 85; Tempelhof: Gebr. Bittner, Berliner Straße 90

Asthma mit Hustenanfällen und starker Verschleimung findet wirks. Hilfe durch Reichels echte Asthmatropfen, berühmt durch ihre Wirkung 30j. glänz. Erfolg. M 17,50. Otto Reichel, Berlin 43 SO, Eisenbahnstraße 4

Garderobe für Herren u. Damen auf **Teilzahlung**. Grebler, Weinbergsweg 4

Kreuz-, Alaska-, Silber-, Zobel-, Rotfüchse staunend billig von 300 M. an. **Skunks-Bern.** sehr billig. **Pelzfutter** für Damen und Herren von 250 M. an. **Felle f. Besatz** amer. Op. 65, austr. Op. 110, Seal El. 25, biberettell. 45 M. an. **Hamsterfelle** für Sportpelze, sehr preiswert. Pelzwarenhaus **A. Klaß & Co.**, Rosenthaler Str. 40-41 am Hackeschen Markt

Parzellen in Heiligensee bei Tegel. Preiswert, sehr gut. Boden, gering Anzahl. Abzahlung gestattet. Terraingesellschaft Heiligensee Berlin, Schiffbauerdamm 25. Auskunft: In Heiligensee im Bureau oder bei Lamprecht, Restaurant Rotkäppchen, Kirschallee, a. d. Teill. -ed. Teg.-Heiligens. elekt. Bhn.

510 M. zahlen wir für 1 g Platin. Ankauf von Gold, Silber, Bruch etc. Bauer & Engl, Stallschreiberstr. 12

Billig Röcke, Blusen, Kleider, Mäntel, Strickjacken, eleg. Ballkleider. STREHLOW, Treskowstr. 21 am Wörtherplatz.

Bilder, Kunstblätter, Wandschmuck mit und ohne Rahmen kauft man in der Buchhandlung „Freiheit“ Breite Str. 8/9

Auf Teilzahlung. Herrenanzüge, Cutaways, Raglan, Ulster, Schlüpfer, Maßarbeit, moderne Sachen, bequeme diskrete Ratenzahlung. Leiser Gottlieb, Nollendorfstr. 22a, II. Etage, nahe Nollendorfplatz. Geöffnet 9–7.

Auf Teilzahlung! Anzüge u. Paletots in moderner Ausführung für Herren und Burschen. Prima Verarbeitung. **Stolzmann**, Belle-Alliance-Str. 100. Eingang im Möbelgeschäft.

Brockhaus' Konversationslexikon, 14. (letzte) Auflage in 17 Halblederbänden verkauft Buchhandlung „Freiheit“, Berlin, Breite Str. 8-9.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Todes-Anzeige

Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder gestorben sind

Der Dreher
Adolf Krüger
Schlesische Straße 31 II, am 21. d. Mts.
Die Einäscherung findet am Freitag, den 25. November, nachmittags 2 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg, Kiefholzstraße, statt.

Der Schlosser
Bernhard Thomascheck
Wilmersdorf, Westfälische Str. 82, am 21. d. Mts.
Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 26. November, nachmittags 5½ Uhr, im Krematorium, Gerichtstraße, statt.

Ehre ihrem Andenken!

Rege Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83-85
Geschäftszeit: Vorm. 9 bis nachm. 4 Uhr · Tel.: Norden 185, 1239, 1987, 9714

Am Sonntag, den 27. November 1921, vormittags 9 Uhr, in der Schulaula, Weinmeisterstraße 16/17

Branchen-Versammlung
aller im D. M.-V. organisierten Kollegen der Eisenkonstruktions-, Kran-, Aufzugs- und Stellwerksbetriebe

Tagesordnung:
1. Die wirtschaftliche Lage.
2. Bericht der Verhandlungs-Kommission.

Mitgliedsbuch des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes legitimiert!

Die Ortsverwaltung.

Zigarettenindustrie-Kartell f. Gr.-Berlin

Am Sonnabend, den 26. November, mittags 1 Uhr, im Wintergarten der Schultheiß-brauerei, Hasenheide 22-31

Große Versammlung
aller in der Zigarettenindustrie Beschäftigten

Tagesordnung:
1. Entscheidung über die bewilligte Teuerungszulage.
2. Bericht und Stellungnahme zum ab 1. Oktober geltenden Reichsmanteltarif.
3. Stellungnahme zur versuchten zwangsweisen Einführung der Arbeitsordnung.

Das Kartell.

Brillanten Uhren, Platin, Gold- und Silber-Bruch kauft jedes Quantum zum höchsten Auslandspreise. **Trauringe** preiswert. Dukat.-Gold 900 gst. 14 karat 585 .. 8 „ 333 .. in jed. Größe u. Preislage am Lager. A. Butterfaß, Berlin O, Andreasstr. 44, Ecke Gr. Frankfurter Str. vis-à-vis Jandorf

Achtung! Händler und Wiederverkäufer! Billigste Bezugsquelle für Zündwaren, Seifen, Seifenpulver, Rasierseife, Kerzen, Blitzblank, Urbin, Guttalin, Lanolin, Nigrin, Seifin, Scheuertücher, alle Sorten Putzwasser. Roth, Brunnenstr. 169 Nähe Invalidenstr.

Metallankaufsstelle Osten, Grüner Weg 82, zahlt Tagespreise für Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Straußberger Str. **Kupfer 44** Quecksilber, Zinn, sämtliche Altmetalle. Straußberger Straße 44

Altmetalle kauft zu hohen Preisen. Bester Abfall f. Fabriken. E. u. DEMANN, Schönhauser Allee 50 a. Rgbd. / Fernspr. 3308

Glühlampen Halbwattlampen u. sämtl. Elektro-Install.-Material kauft Schröder, Bernauer Str. 101, Amt Norden ...

Metalle Kupfer, Rotguß, Blei, Messing, Zink, Zinn u. Lagermetall, Quecksilber Tagespreis. Zuckermann, Elsasser Str. 9, vorn I Tr. Norden 4661.

Kapitän-Kautabak einmal geprobt — immer gelobt. Feinst. Geschmack; stets frisch. Zu kaufen in den Zigarrengeschäften usw. Neue Verkaufsstellen richten ein: Generalvertrieb C. Rücker, Berlin, Lichtenberger Str. 22 (Tel. Kgst. 3881)

Pfandscheine, Brillanten, Gold, Silber (Bruch), Platin, Zahngebisse. Zahn 10–150 Mark. Prismen-Feldstecher. Ankauf zum Auslandskurs. Einwechseln von und Gold- u. Silbermünzen. Kurt Kehlert, Berlin, Lothringer Str. 34

Demnächst erscheint der
USPD Taschen-Kalender 1922

Aus dem Inhalt:
Aufgaben der Betriebsvertretungen · Lohnsteuer, Abzug vom Arbeitslohn · Hilfe bei Unglücksfällen · Einnahme- und Ausgabetabellen · Statistik der Reichstagswahlen · Reichhaltiges Adressen-Material · Tarife · Interessante Notizen u. a.

★

Gutes schreibfähiges Papier
Halbleinen gebunden

5.— Mark

Buchhandlg. „Freiheit“
Berlin C 2 / Breite Straße 8-9

Werbt für unser Blatt!

Ausschneiden!

Außerhalb Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen!

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom

1 Exemplar der zweimal täglich erscheinenden Zeitung
„Freiheit“
Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands
mit der wöchentlich einmal erscheinenden illustrierten Unterhaltungsbeilage „Freie Welt“
zum Preise von Mk. 12.— monatl., Mk. 6.— halbmonatl. bei freier Zustellung ins Haus

Name: ______________________
Ort: ______________ Straße: ______________ Nr. ______
(Namen deutlich schreiben, Wohnort genau ausfüllen: vorn, Hof, Sth., Quergeb.)

Diesen Bestellschein bitten wir in einer unserer Speditionen abzugeben oder an die Hauptexpedition, Berlin C 2, Breite Str. 8-9, einzusenden.

Berliner Stadtverordnetensitzung

Beratung der Deckungsvorlagen

Den Hauptberatungsgegenstand der gestrigen Sitzung bildete die Magistratsvorlage über die Deckung der Mehrausgaben für die Lohnerhöhungen. Für die Fraktion der U. S. P. betonte Gen. Reimann, daß jetzt die bürgerliche Mehrheit Gelegenheit hat, ihre großen, während des Wahlkampfes gemachten Versprechungen einzulösen. Obwohl die Vorlage ihre endgültige Fassung in der Ausschußberatung erhalten wird, war schon aus der Generaldebatte in der Plenarsitzung zu erkennen, daß die bürgerlichen Parteien keinen anderen Weg wissen, als immer aufs neue der minderbemittelten Bevölkerung die Lasten aufzubürden. Genosse Reimann kündigte an, daß die Unabhängige Partei in der Ausschußberatung Vorschläge machen wird, die auf der einen Seite die Betriebe rentabler und auf der anderen Seite die Erhöhung der Tarife für die minderbemittelte Bevölkerung erträglicher gestalten werden.

Sitzungsbericht

Auf der Tagesordnung der gestrigen Stadtverordnetensitzung standen nicht weniger als 70 Punkte. Außerdem hatten fast sämtliche Fraktionen des Hauses Dringlichkeitsanträge gestellt, deren Inhalt aber bei der großen Unruhe in der Versammlung und der undeutlichen Verlesung durch den Vorsteher auf der Tribüne unverständlich blieb.

In der letzten Sitzung war der Stadtverordnete Bralat (S. P. D.) wegen eines Zwischenrufes „deutschnationaler Schwindel“ zur Ordnung gerufen und hatte dagegen Einspruch erhoben. Dieser Einspruch wurde von den bürgerlichen Parteien benutzt, um für die bevorstehende Probewahl zur Feststellung der Fraktionsstärke in den Deputationen eine namentliche Abstimmung vornehmen zu lassen, bei der sich ein Verhältnis von 111 bürgerlichen gegen 93 sozialistische Stimmen ergab, womit der Ordnungsruf als gerechtfertigt anerkannt wurde.

Aus der Fülle der teils angenommenen, teils an Ausschüsse verwiesenen Vorlagen ist hervorzuheben die Annahme einer vorläufigen Ordnung für die Besteuerung von Vergnügen. Der § 7 dieser neuen Vergnügungssteuerordnung ist für die Arbeiterparteien von besonderem Interesse, weil er die Veranstaltungen bezeichnet, die steuerfrei sind. Wir werden einen Auszug aus dieser Steuerordnung noch veröffentlichen.

Nach der Erledigung einer großen Anzahl von Vorlagen entspann sich eine lange Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob in der Sitzung die Probewahl zur Feststellung der Fraktionsstärke in den einzelnen Deputationen vorgenommen werden sollte. Gen. Weyl erhob im Namen der Fraktion der U. S. P. Einspruch dagegen, weil diese Absicht nicht auf der Tagesordnung kundgegeben worden sei. Während sich der Vorsteher auf den Beschluß der letzten Sitzung und auf § 72 der Geschäftsordnung stützte, hielt ihm der Stadtverordnete Heimann, S. P. D., entgegen, daß der § 41 der Geschäftsordnung ausdrücklich bestimmt, es könne nicht über Gegenstände verhandelt werden, die nicht auf der Tagesordnung stehen. Schließlich ergab sich, daß nach langen Widerständen die bürgerlichen Parteien ihren Widerspruch gegen den Vertagungsantrag Schiminsky (S. P. D.) aufgaben. Es kamen bei Gelegenheit einer Geschäftsordnungsdebatte noch Einzelheiten aus dem Aeltestenausschuß zur Sprache. Der Vorsteher machte dann den Vorschlag, die Wahlen in der Sitzung vom 6. Dezember vorzunehmen, mit der Maßgabe, daß ein Wahlgang für die Besetzung sämtlicher Deputationen gelten soll. Die Liste für die Besetzung der Deputationen soll bis zum Beginn der Sitzung eingereicht sein.

Schließlich einigte man sich darauf, die Wahl zur Besetzung der Deputationen zusammen mit der Wahl der unbesoldeten Stadträte am 15. Dezember vorzunehmen. Es soll gleichzeitig versucht werden, am gleichen Tage die Wahl in den Staatsrat, zu denen der Oberpräsident anwesend sein muß, vorzunehmen.

Den nächsten Beratungsgegenstand bildete die **Vorlage des Magistrats über die Deckung der durch die Lohn- und Gehaltserhöhungen der städtischen Arbeiter und Angestellten entstehenden Mehrausgaben, die durch abermalige Erhöhung der Tarife für Gas, Wasser, elektrisches Licht und Straßenbahn erreicht werden soll.**

Genosse **Reimann** (U. S. P.) betonte, daß die Deckung der Mehrausgaben für die Lohnerhöhung den ersten Prüfstein für die bürgerliche Mehrheit bilde, ihre großartigen Versprechungen der Wahlzeit zu erfüllen. Aber schon hier zeige sich die Unfähigkeit des Bürgertums, neue Wege zu gehen, denn selbst das „Berliner Tageblatt“ weiß als letztes Mittel nur die Hilfe des Reichs anzugeben.

Die Erhöhung des Straßenbahntarifs bringt **für die ärmere Bevölkerung eine ungeheure Belastung.** Wir werden im Ausschuß Mittel und Wege zeigen, die eine wesentliche Besserung des Verkehrswesens herbeizuführen geeignet sind. So wie in der letzten Zeit die Dinge gegangen sind, geht es nicht weiter. Namentlich die Einstellung der Linien führte zu unhaltbaren Zuständen. Dem Dezernenten ist zu raten, sich morgens und abends, wenn die Arbeiter von und zur Arbeitsstätte fahren, die Ueberfüllung der Straßenbahnwagen anzusehen. Das Ganze macht jetzt geradezu den Eindruck, als werde die Straßenbahn statt von einem Fachmann von einem Dilletanten geleitet.

Genosse Reimann erhob den entschiedensten Protest gegen das Vorhaben des Oberbürgermeisters, ohne Befragen der Stadtverordnetenversammlung die erhöhten Tarife sofort in Kraft treten zu lassen. So gut wie ein Minister, der gegen die Staatsverfassung verstößt, vom Staatsgerichtshof zur Verantwortung gezogen würde, hätte der Oberbürgermeister wegen dieser beabsichtigten Verletzung der Städteordnung, wenn sie zur Tat geworden wäre, zur Verantwortung gezogen werden müssen.

Beim Wasserpreis berechne der Magistrat in der Vorlage die Selbstkosten mit 1,40 M., er wolle aber tatsächlich nur 1,10 M. erheben. **Das bedeutet eine Liebesgabe an die Hausbesitzer, die bei der gegenwärtigen Finanzlage** der Stadt unverantwortlich ist.

Weiter beteiligten sich an der Debatte Dr. **Alexander** (K.P.D.), der die Magistratsvorlage ablehnte, sie werde den Bankerott der Stadt nicht aufhalten; Stadtv. **Müller-Franken** (Wirt. Ver.), der größere Sparsamkeit und mehr Rücksicht auf die Handwerker und Gewerbetreibenden forderte; Stadtv. Dr. **Steinitzer** (Dtn.), bei dem die Vorlage die ernstesten Bedenken erregte, und der erklärte, daß seine Fraktion im Ausschuß an den Magistrat sehr viele Fragen zu stellen habe.

Stadtv. Dr. **Lohmann** (S. P. D.) erklärte namens seiner Fraktion, daß sie sehr leicht die Vorlage ablehnen könnte, nachdem die Rechte in diesem Hause die Macht in die Hand genommen habe, im Interesse der Stadt aber gelte es mitzuarbeiten. Stadtv. **v. Eynern** (Dt. Volksp.) schlug recht versöhnliche Töne an und gab sogar zu, daß das „Schlagwort“ von der Abwälzung aller Lasten auf die ärmere Bevölkerung in gewissem Sinne berechtigt sei; er schwächte aber seine einsichtige Bemerkung gleich wieder ab durch die Behauptung, die Städte hätten gesetzlich keine Möglichkeit, an die großen Portemonnais heranzukommen. Auch Stadtv. Knüppel-Kunze fühlte sich bemüßigt, einiges zu sagen.

Stadtv. **Reimann** (U. S. P.) erklärte gegenüber den Ausführungen des Herrn v. Eynern, daß die Betriebsräte der städtischen Betriebe beachtenswerte Vorschläge für deren Reorganisation machen und daß er und seine Fraktion zu den städtischen Arbeitern das unbedingte Vertrauen haben, daß sie ihre ganze Arbeitskraft in den Dienst der Stadt stellen werden. Stadtv. **Frenzel** (Dem.) sang wieder das bekannte Lied aus dem „Berliner Tageblatt“ von der „gemischtwirtschaftlichen Organisation der Betriebe“. Damit schloß die Aussprache und die Vorlage wurde an den Ausschuß für Lohn- und Gehaltserhöhungen überwiesen. Nach kurzen Ausführungen des Kämmerers Dr. **Karding** wurde die Magistratsvorlage für die Bereitstellung des Gemeindedrittels von 10 Mill. Mark zu den aus Staatsmitteln der Stadtgemeinde zu gewährenden Baukosten-Ueberteuerungszuschüssen angenommen.

Die **Mißstände in den städtischen Notstandsbaracken in Charlottenburg** kamen dann durch einen Antrag der Kommunisten, der von Nawrocki begründet wurde, zur Sprache. Gen. Löwenstein (U. S. P.) benutzte im Verlaufe der Aussprache die Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß diese offensichtliche Mißwirtschaft der bürgerlichen Mehrheit in Charlottenburg zur Last zu legen ist. Während die Stadt Charlottenburg die Möglichkeit gehabt hätte, hier sozial zu wirken, hätte sie ihre Mittel für ein geradezu luxeriös eingerichtetes Beamtenwohnviertel in Westend ausgegeben, während sie sich die Mittel für die notwendigeren Ausgaben zur Instandsetzung der Notstandsbaracken von Berlin geben ließe. Unter Ablehnung der von bürgerlicher Seite beantragten Kommissionsberatung dieses Antrages wurde der Antrag Göbel mit großer Mehrheit angenommen. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Die Wucherer wehren sich

Händler und Fabrikanten gegen die Beschlagnahmungen.

Die behördlichen Maßnahmen zur Bekämpfung des Wuchers haben den Verein Berliner Kaufleute der Kolonialwarenbranche zu folgender Kundgebung veranlaßt:

„Die Lebensmittelversorgung Berlins wird durch das Vorgehen der Wucherpolizei gefährdet. Die Wucherpolizei scheint, ohne irgendeine sachverständige Stelle gefragt zu haben, selbst kleine Vorräte von Lebensmitteln im Kleinhandel zu beschlagnahmen, in dem unbewiesenen und wohl meistens unbeweisbaren Verdachte, diese Waren seien zurückgehalten, um damit bei steigenden Preisen Wucher zu treiben. Es zeugt von keiner Kenntnis geschäftlicher Notwendigkeiten, wenn beispielsweise in einem Geschäft mit 10 Kübeln Margarine Wochenbedarf ein Vorrat von 15 Kübeln Margarine beschlagnahmt wird, trotzdem der Margarineverkauf in dem Laden ohne jede Unterbrechung vor sich gegangen ist. Der Kleinhandel muß, soll er seine Aufgabe erfüllen, mindestens einige Zentner Margarine, Mehl usw. vorrätig haben. Wir bestreiten weiter der Wucherpolizei das Recht, zu behaupten, ein höherer Aufschlag als zehn Prozent sei Wucher. Die fortgesetzt gestiegenen Unkosten im Kolonialwarenkleinhandel usw. machen einen Durchschnittsaufschlag von fünfzehn Prozent erforderlich, ein Aufschlag außerdem, wie er meines Wissens von den Preisprüfungsstellen als Mindestaufschlag zugebilligt worden ist. Wenn ferner die Wucherpolizei die, meiner Ansicht nach, ungerechtfertigterweise beschlagnahmten Warenvorräte gemeinnützigen Anstalten und dem Berliner Anschaffungsamt zuführt, also aus dem Kleinhandel nimmt, so gefährdet sie die Lebensmittelversorgung weitester Kreise der Bevölkerung. Es muß unbedingt gefordert werden, daß eine sachverständige Nachprüfung dieser angeblich hundert Wucherfälle erfolgen muß, dann mag das Ergebnis der Oeffentlichkeit mitgeteilt werden.“

Gegen die Wuchermaßnahmen richtet sich auch eine Eingabe der Einzelhandelsgemeinschaft Groß-Berlin, die an den Reichsminister und an den preußischen Minister des Innern ein Telegramm gesandt hat.

Was die Fabrikanten betrifft, so reagieren sie ihrerseits auf die polizeiliche Wucherbekämpfung dadurch, daß sie die ohnehin knappen Zufuhren von Margarine, Zucker u. degl. in den letzten Tagen stark eingeschränkt haben. Nach Mitteilungen aus Handelskreisen wird dieses Verhalten darauf zurückgeführt, daß die Fabrikanten in der Tätigkeit der Beamten der Wucherpolizei „nicht die geeignete Methode“ erblicken, etwaige Fälle von Wucher aufzudecken.

Daß den Händlern und Fabrikanten die Maßnahmen nicht in den Kram passen, die — viel zu spät! — nunmehr gegen die Wucherer in ihren Reihen getroffen werden, ist verständlich. Nichtsdestoweniger muß die Wucherbekämpfung fortgesetzt werden, und zwar mit den radikalsten Mitteln. Die Händler und Fabrikanten haben es ja in der Hand, die Maßnahmen sofort abzustellen, indem sie aufhören zu wuchern. Bis dahin werden sie sich es schon gefallen lassen müssen, daß man ihnen scharf auf die Finger sieht. Muß dabei vielleicht auch einmal ein ausnahmsweise Unschuldiger leiden, so ist das eben nicht zu vermeiden. Mitgefangen — mitgehangen! Das ist in der gegenwärtigen Situation die einzige „geeignete Methode“!

Wie's gemacht wird, zeigt folgender Fall, den wir aus der Flut der an uns gelangenden Beschwerden herausgreifen: Am Montag — so schreibt uns ein Leser — fragte ich auf dem Kohlenplatz der Vereinigten Berliner Kohlenhändler, Bautzener Straße, nach Kohlen. Ich erfuhr, daß Kohlen zum Preise von 18,65 M. vorhanden waren. Am andern Tage sollte ich für dieselben Kohlen 25,15 M. pro Zentner zahlen. Erst auf meine Drohung, das Wucheramt zu benachrichtigen, gelang es mir, die Kohlen zum alten Preise zu bekommen.“

So wird's gemacht, wie gesagt; und keineswegs ausnahmsweise, sondern in der erdrückenden Mehrheit der Fälle. Polizei und Publikum sind noch immer viel zu lax gegen die Nutznießer der allgemeinen Not. Kampf bis aufs Messer gegen diese Bande, muß daher die Parole sein und bleiben, auch wenn sie jetzt mit pflaumenweichen Erklärungen und scheinheiligen Lamentos kommt!

Der einzige Weg

Roman von Paul Nebouz

Uebersetzt von Rudolf Fürst.
Copyright 1921 by Grethlein & Co. G. m. b. H., Leipzig.

(25. Fortsetzung.)

Diese Behauptung erschien widersinnig, ja empörend. Yvonne, die aufmerksam zuhörte, hob den Kopf zu stummem Widerspruch. Der Offizier bemerkte es. Ruhig fuhr er fort:

„Ich weiß sehr wohl, daß Sie anderer Meinung sind. Aber ich halte mich für ziemlich berechtigt, über diese Dinge zu sprechen. Ich war drei Jahre in der ersten Linie, habe zwei Kriegsorden. Ich kann den Krieg besser beurteilen als ein Zeitungsmann, glauben Sie nicht?“

Sofort befürchtete er, sich unehrerbietig ausgedrückt zu haben und berichtigte sich:

„Ich meine natürlich einen Ausfrager, einen dieser liebenswürdigen Jünglinge im Jagdanzug, die uns bisweilen in den Schützengräben beehrten. Sie erinnern sich?“

Die gemeinsame Erinnerung erheiterte sie.

Réal aber wollte gern wissen, was dieser mutige Mann unter Furcht verstand und fragte:

„Sie sprachen von Angst?“

„Ich sagte, daß jeder Angst hatte. Die Feinde nicht minder als wir. Nur hat es niemand eingestanden. Das hätte ja unser Ansehen gemindert . . .“

„Aber erinnern Sie sich doch dieser prachtvollen Stimmung bei Kriegsausbruch.“

Das mußte der Offizier zugeben:

„Sie haben recht. Im Anfang. Aber sehr bald machten die Strapazen, die Bombenwürfe aus dem Krieg eine Katastrophe. Die Mehrzahl unter uns zitterte wie das liebe Vieh beim Erdbeben. Aber wir versuchten, unserer Furcht Herr zu werden. Sehen Sie, das ist Mut. Mut ist Kampf gegen die Furcht. Mut ist die Kraft, lange Zeit die Furcht auszuhalten. Jeder andere Mut ist ohne moralischen Wert. Ein wirklicher Held ist ein Furchtsamer, der sich beherrscht. Ein Mutiger von anderer Art ist nur ein Prahlhans, ein Wesen ohne Verstand, etwas von der Art jenes Trunkenboldes von der zweiten Kompagnie, an den Sie sich wohl noch erinnern, der immer aus dem Graben heraus wollte, weil er besoffen war. Als wir im Dezember 1915 angriffen, hatte er natürlich eine Extraration Rum bezogen. Er war voll wie ein Faß. Er hat den feindlichen Graben gestürmt, die ganze Kompagnie folgte ihm. Er hat seine Auszeichnung bekommen. Für die Menge war er ein Held . . .“

„Das stimmt,“ sagte Réal, „und was für ein Vieh war das.“

Der Major fuhr fort:

„Sie waren wohl noch nicht bei uns, als wir in Woëvre lagen. Eines Abends waren wir in einem kleinen Schlosse untergebracht, das eine alte Gräfin bewohnte. Sie war durch die Ereignisse aufs äußerste erregt. Für die Revanche war sie begeistert. Sie hatte im ersten Kriegsjahr geschworen, nur Ritter des Kriegskreuzes an ihrer Tafel zu empfangen. Es gab noch wenig Kriegskreuze. Wir rückten ein. Die Dame erließ in großer Aufregung ihre Einladungen. Wissen Sie, mit wem sie an diesem Abend gespeist hat? Mit einem Zuhälter vom Boulevard Sébastopol, einem Wilddieb und einem früheren Fremdenlegionär . . .“

Réal und Yvonne riefen wie aus einem Munde:

„Eine allerliebste Gesellschaft!“

Réal bohrte weiter:

„Denken Sie doch nur an die Briefe von der Front, an die Aussagen der Offiziere, an die Aeußerungen der Verwundeten in den Lazaretten . . . Das waren doch schließlich keine Tölpel! . . .“

„Die armen Teufel haben gelogen; entweder weil sie keinen Widerspruch wagten oder weil die Damen dergleichen lieben. Die Verwundeten? Erinnern Sie sich an Ihre Sanitätskolonne, wie sich die Jungen rückhaltlos über ihren ‚Heimatschuß‘ freuten? Lassen Sie's gut sein. In den Gräben hatten wir Furcht, einfach Furcht, es wäre lächerlich, das zu leugnen. Wenn es zum Angriff ging, war alles leichenblaß, die Hände schlotterten. Später wurde diese Furcht amtlich anerkannt. Daher die Verteilung von Alkohol vor dem Angriff, die Zusammenziehung von Feldgendarmen am Rande der Schlachtfelder, die Schützenlinien, die den Sturmtruppen vorangingen, aber auch nachfolgten. Und wie viele Sturmtruppen haben sich verkrochen, als es losging! Das ist aber nichts Neues. Bei Wagram haben von zweiundzwanzigtausend gegen den Feind Stürmenden zehntausend Mann die Toten gespielt, um ihre Haut zu retten, und das waren die Helden der großen Armee. Ich erinnere mich dieser Zahlen; sie sind angeführt in den ‚Studien über den Kampf‘ von Ardant du Picq. Unsere hohen Führer wußten sehr wohl, daß die Furcht die Gehirne einnimmt und die Eingeweide umrührt. Aber niemand sprach davon, niemand durfte davon sprechen. Es mußte gelogen werden. Das war Pflicht. Hätte nur ein Soldat die Wahrheit gesagt, die Wahrheit hätte täglich an Kraft gewonnen, und das wäre die Auflösung gewesen. Jeder von uns nahm sich zusammen, man wollte vor den anderen nicht zusammenklappen.“

„Sehr richtig!“ warf Réal ein. „Die Männer heucheln Mut wie die Frauen Keuschheit. Keine Frau gesteht ihre Begierden, kein Mann seine Aengste. Jeder liebt es, sich möglichst hoch zu bewerten.“

Der Major war glücklich, sich in seinen innersten Gedanken verstanden zu sehen. Réal fuhr wie im Selbstgespräch fort:

„Im Grunde ist das ganz richtig . . . Alle haben sich gefürchtet . . . Auch hinten . . . Dieser Wettlauf durch die Gänge, über die Treppen, den jeder mitmachte, auch die Regimentsstäbe, die behaupteten, sich für bedeutendere Aufgaben erhalten zu müssen. Welche Eifersüchteleien! Welche Rücksichtslosigkeiten! Und wie man seine Haut verteidigte!

Und wohin man sieht, überall kommt man zu dem gleichen Ergebnis: überall Furcht. Hätten die Mütter sich nicht vor den Vätern gefürchtet, keine hätte den Abmarsch des Sohnes zugegeben. Hätten die Väter sich nicht vor den Nachbarn gefürchtet, wie wäre so viel altrömische Bürgertugend aufgebracht worden? Und wenn alle Bürger von dem herrlichen Geist beseelt gewesen wären, dessen sie sich rühmten, wozu hätte es dieses Riesenbetriebes der ärztlichen Musterungen bedurft, um auf jene Jagd zu machen, die sich der allgemeinen Bürgerpflicht entziehen wollten? . . .

Und auch jetzt noch: macht uns nicht die Furcht vor Deutschland so argwöhnisch? Ist es nicht die Furcht vor den französischen Forderungen, die in Deutschland diese andauernde Feindseligkeit erzeugt?

Gerade aber, weil man Angst hat, will man mutig erscheinen. Während des Krieges pflegten die guten Bürger jene Männer als Helden anzusprechen, die ihrer eigenen Völkergruppe angehörten. Man war stolz, an ihrer Tapferkeit beteiligt zu sein. Man fühlte sich durch die Gefahren, die sie bestanden, geehrt. Man schmückte sich mit ihrer Tugend. Man wurde durch Stellvertretung selbst ein Held. Man redete sich ein: ‚Da jene zu meinem Volke gehören, hätte ich mich an ihrer Stelle nicht anders verhalten.‘ Man berauschte sich an ihrem Siege wie an einem indirekten Verdienst, ja, fast wie an einem persönlichen Verdienst . . .

(Fortsetzung folgt.)

Der drohende Elektrizitätsstreik

Die Tarifverhandlungen für die Angestellten der Werke, die nach dem ersten Streik am 12. September sofort aufgenommen sind, haben bis heute noch nicht zum Abschluß des Vertrages geführt. Wenn trotzdem keine gütliche Einigung erreicht werden konnte, so liegt das nicht zum wenigsten mit daran, daß der Magistrat sich zu engherzig an den Besoldungsplan der Beamten klammert, obschon die Angestellten der städtischen Werke Kaufleute und Techniker sind, deren Stellung und Tätigkeit nicht so ohne weiteres verglichen werden kann, mit der Stellung der Beamten und Angestellten der Verwaltungsbetriebe. Es ist ein Krebsschaden unserer ganzen wirtschaftlichen Betriebe, auch der des Staats und Reichs, daß die Behörde aus einer gewissen Bequemlichkeit heraus immer wieder die Tendenz bekunden, auch die wirtschaftlichen Betriebe nach dem Grundsatze der allgemeinen Verwaltung, also der obrigkeitlichen Aufgaben zu behandeln.

Die Angestellten der städtischen Elektrizitätswerke können es nicht verstehen, daß ein Betrieb, der ganz nach kaufmännischen und technisch-wirtschaftlichen Gesichtspunkten aufgebaut ist, und der gerade durch diesen Aufbau der Stadt im letzten Jahr einen Ueberschuß von 90 Millionen Mark erbracht hat, auch nach den starren Grundsätzen der Beamtenbesoldung behandelt werden muß. Das angerufene Schiedsgericht hatte diesen Erwägungen in seinem ersten Spruch vom 29. Oktober zu einem erheblichen Teil Rechnung getragen. Die schlechte Eingruppierung war wesentlich gemildert durch die frühere Festsetzung des Besoldungsdienstalters, nämlich vom 25. auf das 21. Lebensjahr. Außerdem war eine Zusammenrückung der im Besoldungsplan 16 Jahre betragenden Altersstufen auf 13 Jahre erfolgt, wobei das Schwergewicht der Alterszulage auf die ersten Jahre verlegt wurde. Mit dieser Regelung konnten sich die Angestellten einverstanden erklären, wenn nicht der Schiedsspruch gleichzeitig für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember Zulagen vorgesehen hätte, die als vollkommen ungenügend bezeichnet werden mußten.

Da es nicht möglich war, Teile des Schiedsspruchs anzunehmen, mußten die Angestellten den gesamten Schiedsspruch ablehnen und versuchen, für die Zeit nach dem 1. Oktober eine andere Regelung zu erhalten. Es wurde daher am 21. November einem neu angerufenen Schlichtungsausschuß im Reichsarbeitsministerium der Antrag unterbreitet, den Schiedsspruch vom 29. Oktober nur bis zum 30. September gelten zu lassen und für die Zeit nach dem 1. Oktober eine wesentliche Erhöhung der Sätze eintreten zu lassen, entsprechend der auch den Staatsbeamten gewährten Erhöhung. Das Schiedsgericht hat nun dem Antrage der Angestellten nicht stattgegeben, sondern einen Spruch gefällt, der die Beamtenbesoldung in allen ihren Konsequenzen ab 1. April den Angestellten der Städtischen Elektrizitätswerke zusprach. **Dieser Spruch bedeutet eine glatte Abweisung der gesamten Wünsche der Angestelltenschaft,** um die jetzt sieben Monate verhandelt wird. Nach dem Grundsatz der Beamtenbesoldung erfolgte die Bezahlung bereits seit 1919, und gerade dieser Grundsatz war es, der aus den obenangeführten Gründen eine tiefgehende Mißstimmung erzeugt und schließlich dazu geführt hat, daß am 1. September der Streik um den Tarifvertrag ausbrach. Er bedeutet aber weiterhin noch sogar eine Benachteiligung der Angestellten gegenüber den Beamtengruppen beim Magistrat Berlin, denn die Nachzahlung aus der Revision des Gruppenplanes muß nach den gesetzlichen Vorschriften für die Beamten rückwirkend ab 1. April 1920 sein, während die Angestellten infolge ihres Tarifvertrages nur Ansprüche ab 1. April 1921 geltend machen könnten.

Diese Tatsachen machten die **Annahme des Schiedsspruches vom 21. November zu einer Unmöglichkeit.** Die Angestelltenverbände haben dann am 22. November nochmals versucht, das drohende Unheil abzuwenden. Sie haben in persönlicher Rücksprache mit Herrn Oberbürgermeister Böß die schon veröffentlichten Forderungen unterbreitet. Sie wollten dadurch dem Magistrat einen Weg der Verständigung im letzten Augenblick zeigen. Der Magistrat hat in seiner Sitzung vom 23. November sämtliche Anträge der Gewerkschaften abgelehnt und es dadurch den Verbänden unmöglich gemacht, für friedliche Beilegung des Konfliktes durch Annahme des Schiedsspruches vom 21. November einzutreten.

Die Gewerkschaften sind sich aller Folgen bewußt, die ein Streik der städtischen Angestellten gerade in diesem Moment der wirtschaftlichen Unruhen im Gefolge haben kann, sie sehen aber durch die starre Haltung des Magistrats jeden Weg zu einer Verhinderung dieses Konfliktes verriegelt, und so konnte die Vollversammlung der Angestellten am 23. November nicht anders beschließen, als daß eine sofortige Urabstimmung geheim und getrennt nach Gewerkschaften vorgenommen werden soll, die allerdings gleichzeitig die Abstimmung über den Streik bedeutet, da eine Verhandlungsmöglichkeit nicht mehr vorhanden ist.

Sollten die Angestellten zum Streik gezwungen werden, so würde dieses wahrscheinlich der Stadt Berlin mehr Schaden verursachen, wie die Bewilligung der Forderungen ergeben würde. Es ist unverständlich, daß der Magistrat durch seine Ablehnung die Anerkennung der in der Einleitung genannten Forderungen grundsätzlich von sich weist, so daß also auch noch zu befürchten steht, daß ein größerer Teil gerade der besten Ingenieure und Kaufleute der Elektrizitätswerke verärgert eine Stellung in einem Privatbetriebe suchen wird, wo bei den heutigen Verhältnissen viel bessere Bezahlung ihnen geboten werden kann.

Es muß bemerkt werden, daß die Forderung der Werksangestellten nichts mit der Erhöhung der Werktarife zu tun hat, weil die Erfüllung ihrer Forderung durch den Magistrat keine erhebliche Belastung der Stadt bedeuten würde.

In den beteiligten Gewerkschaftskreisen hat man den Eindruck, als ob es der Magistrat auf eine Machtprobe ankommen lassen wolle; es besteht jedoch noch Hoffnung, daß die gestern nachmittag während der Stadtverordnetensitzung angebahnten Verständigungsversuche der sozialistischen Fraktionen Erfolg haben.

Da die Verhandlungen der sozialistischen Fraktionen ein Ergebnis bisher nicht gezeitigt haben, sollen heute, Freitag, vormittag, erneut Verhandlungen angebahnt werden, um durch Erfüllung der berechtigten Forderungen der Werksangestellten dem drohenden Streik abzuwehren. Da die Abstimmung eine große Mehrheit für den Streik ergeben hat, kann dieser nur noch durch die Aufgabe des vom Magistrat eingenommenen unhaltbaren Standpunkt vermieden werden.

Die beteiligten Gewerkschaften werden die heute, Freitag, stattfindende Magistratssitzung abwarten, und erst nach dem Ergebnis der Magistratsbeschlüsse zur Streikproklamation Stellung nehmen.

Lohnbewegung der städtischen Arbeiter und Angestellten

Eine Vollversammlung der Funktionäre der Gemeindebetriebe nahm am Donnerstag Stellung zum 8. Lohntarif, über dessen Abschluß am heutigen Freitag zwischen Lohnkartell und Magistrat die Verhandlungen stattfinden. Damit ist die Frage der Teuerungsbeihilfe als Kampfobjekt zweiter Klasse etwas in den Hintergrund getreten.

Den Situationsbericht gab Polenske. Auf die Stundenlöhne sämtlicher Arbeiterkategorien wird ein Zuschlag von 3,50 M. gefordert. Für die Angestellten wird eine Gehaltserhöhung von 728 M. (208×3,50 M.) pro Monat verlangt.

Polenske vertrat die Ansicht, daß allem Anscheine nach das zu erwartende Verhandlungsergebnis die Arbeiterschaft nicht befriedigen würde. Deshalb, so fuhr der Redner fort, ersucht das Lohnkartell um die Genehmigung, daß im Anschluß an den Magistratsbeschluß sofort das Schiedsgericht angerufen wird. Etwa Dienstag könnte ein Schiedsspruch gefällt werden. Am Mittwoch wird eine Funktionärversammlung zu dem Schiedsspruch Stellung nehmen. Am folgenden Tage könnte dann über Ablehnung des Schiedsspruches oder Streik in den Betrieben die Urabstimmung vorgenommen werden. (Stürmische Unruhe. Zwischenrufe.) Es ist doch selbstverständlich, daß wir die Mitglieder über Annahme des Schiedsspruchs oder Streik entscheiden lassen müssen. Als Organisation können wir bei Erledigung dieser Angelegenheit gar nicht anders verfahren. Nach Feststellung des Resultats der Urabstimmung müßte sich eine weitere Funktionärversammlung mit dem Ergebnis beschäftigen und über die zu ergreifenden Maßnahmen beschließen. (Zwischenrufe: Das dauert ja bis Neujahr.) Diese ganzen Vorgänge würden sich im Verlaufe einer Woche abspielen. Das sind die Wege, die nach einstimmiger Auffassung des Lohnkartells gegangen werden müssen. Das Lohnkartell erwartet auf das bestimmteste, daß die Funktionäre dafür Sorge tragen, daß sich bei der Urabstimmung nicht wieder über 30 000 Arbeiter an der Abstimmung nicht beteiligen.

Nachdem Polenske die Versammlung aufgefordert hatte, den Vorschlägen der Lohnkommission zuzustimmen, wiesen in der kurzen Aussprache einige Diskussionsredner darauf hin, daß es sicherlich zum Kampf kommen würde. Die Diskussionsredner forderten vom A. D. G. B., daß er mit allem Nachdruck zur Durchsetzung seiner aufgestellten Forderungen in Aktion trete.

Das Schlußwort hat Krüger übernommen. Einleitend stellte dieser Redner fest, daß die Mitteilung, daß unverbindliche Besprechungen über den 8. Lohntarif bereits stattgefunden hätten, unzutreffend sei. Der Oberbürgermeister habe vor einem Streik gewarnt, weil dabei die Gewerkschaften zusammenbrechen würden. Die Gewerkschaftsvertreter wären dem Oberbürgermeister die Antwort nicht schuldig geblieben und er, Krüger, hoffe auf das bestimmteste, daß auch die Arbeiter dem Oberbürgermeister die richtige Antwort erteilen würden.

Die Versammlung hieß die Maßnahmen des Lohnkartells gut und stimmte zum Schluß einstimmig einer Resolution zu, die den politischen Gefangenen wärmste Sympathie versichert und die Freilassung der proletarischen Kämpfer, die noch in Gefängnissen und Zuchthäusern schmachten, fordert.

Der Raubüberfall in der Kaiserin-Augusta-Allee auf Frau Borchardt beschäftigt das Raubdezernat der Berliner Kriminalpolizei. Nach den Feststellungen des Kriminalkommissars Werneburg hat die junge Frau um 12 Uhr 45 Minuten mittags das im gleichen Hause belegene Geschäft ihrer Eltern verlassen und war in die Wohnung hinaufgegangen. Nach Angabe der jungen Frau hat es ungefähr 10 Minuten später an der Wohnungstür geklingelt. Sie sah zunächst durch das Türloch und als sie einen Mann dastehen sah, der ein Buch in der Hand hatte, öffnete sie ihm. Der Fremde sagte, daß er beauftragt sei, die elektrische Leitung nachzusehen. Während er sich am Zähler beschäftigte, stand sie in der Küchentür und sah ihm zu. Plötzlich sprang der Mann auf, faßte sie und stieß so heftig gegen die Brust, daß sie hinfiel und die Besinnung verlor. Was weiter mit ihr geschehen ist, vermag sie nicht anzugeben. Gegen 2 Uhr sollte ein Verwandter die Borchardtsche Wohnung aufsuchen, fand aber keinen Einlaß. Er ging deshalb in das Geschäft der Eltern und diese fanden die Frau gefesselt unter dem Bett liegen. In der Wohnung war alles durchwühlt. Außer den Schmucksachen und den 12 000 M. bares Geld hat der Täter, der wahrscheinlich noch einen Spießgesellen gehabt hat, 8 Damenhemden und 6 Damenbeinkleider, beides mit dem Zeichen E. S., 3 Tischtücher ohne Zeichen, 1 Tischtuch mit 12 Servietten mit den Zeichen E. B. usw. geraubt.

Mißglückter Raubüberfall. Gestern abend betraten drei junge Burschen den Laden des Schuhwarenhändlers Hermann Rebbe, Alexanderstr. 26, unter dem Vorwand, etwas kaufen zu wollen. Plötzlich versuchten sie über den Inhaber herzufallen. Auf seine Hilferufe liefen sie davon. Als das telephonisch alarmierte Ueberfallkommando am Tatort eintraf, waren die Täter nicht mehr aufzufinden.

Anschläge auf Vorortzüge wurden wieder an zwei Stellen verübt. Auf der Strecke Jungfernheide—Westend wurde an der Keplerstraße ein schwerer Stein gegen den Zug geschleudert, der eine Fensterscheibe durchschlug und eine Stenotypistin an der linken Schläfe ziemlich schwer verwundete. Der zweite Anschlag wurde auf den Zossener Vorortzug in der Nähe der Gasanstalt Mariendorf verübt, wobei ebenfalls eine Fensterscheibe zertrümmert wurde. Personen jedoch nicht zu Schaden kamen. Der Täter konnte auch in diesen beiden Fällen nicht ermittelt werden. Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß für die Aufklärung jedes einzelnen Anschlages eine Belohnung von 5000 M. ausgesetzt ist und zweckdienliche Mitteilungen an Kriminalkommissar Dr. Riemann im Zimmer 34 des Berliner Polizeipräsidiums zu richten sind.

Die Geheimnisse der Schloßkaserne

Die Vernehmung der Beamten und anderer Zeugen

Am gestrigen zweiten Verhandlungstag im Prozeß gegen die Hundertschaft z. b. V. ließ die Verteidigung eine große Zahl der Beamten der Hundertschaft aufmarschieren, die selbstredend übereinstimmend die Angeklagten für harmlose Menschen und den toten Buchholz für einen schlechten Kerl erklären, der, weil er eine große Unterschlagung auf dem Gewissen hatte, keinen Menschen in die Augen sehen konnte und wegen dieser Unterschlagung den Selbstmord begangen habe.

Der Beginn der gestrigen Verhandlungen verzögerte sich erheblich, weil ein Geschworener erkrankt war. Der Verteidiger Dr. Ahlsberg beantragte bei Eröffnung der Sitzung, die Stenotypistin Ella Zorn vom Kommando der Schupo als Zeugin zu laden. Buchholz habe einige Tage vor seinem Tode ihr gegenüber Selbstmordgedanken geäußert. Durch Gerichtsbeschluß wird die Zeugin zum Prozeß geladen werden. Nunmehr wird die Beweisaufnahme fortgesetzt. Der Kriminalwachtmeister Staknys hat im Gegensatz zu dem Polizeiarzt Dr. Pellnitz feststellen können, daß die Leiche sehr wenig Blut verloren hatte. Zeuge Oberleutn. Schneidewin stellt dem Angeklagten Erren ein gutes Leumundszeugnis aus. Der Zeuge traut dem Angeklagten Erren keine Mordtat zu. Zeuge Wachtm. Buder hat an dem fraglichen Tage beobachtet, daß Erren öfter in dem Zimmer des Wachtmeisters Buchholz gewesen war, um dort zu telephonieren. Der Zeuge wird eingehend darüber vernommen, ob es möglich wäre, daß ein dritter ungesehen in das Zimmer gekommen sei und den Schuß abgegeben habe. Eine Klärung dieser Frage wurde durch die Vernehmung des Zeugen nicht herbeigeführt. Als der tödliche Schuß fiel, befand sich der Zeuge auf dem Abort. Nach seiner Rückkehr lag Buchholz tot am Boden, dicht bei ihm sein Stock. Die Staatsanwaltschaft macht den Zeugen darauf aufmerksam, daß er gesagt habe, er habe den Eindruck gehabt, Buchholz habe Selbstmord begangen. Dem Zeugen müßte doch klar geworden sein, daß, wenn sich jemand erschießen will, nicht gleichzeitig noch seinen Spazierstock in der Hand hält. Rechtsanw. Dr. Ahlsberg macht darauf aufmerksam, daß es doch sehr leicht möglich gewesen wäre, daß Buchholz den Stock an die Wand gestellt habe. Möglicherweise sei der Stock umgefallen, als Erren über die Leiche hinwegstieg. Der Zeuge bekundet weiter, daß Buchholz nicht viel gearbeitet habe. Dr. Ahlsberg verlangt Auskunft, ob dies darauf zurückzuführen sei, daß Buchholz vielleicht die ganze Sache satt gehabt hätte. Der Zeuge glaubt die Arbeitsunlust des Buchholz auf wiederholte Fieberanfälle zurückführen zu müssen. Dem Angeklagten Erren traut der Zeuge eine Mordtat nicht zu, und auf nachdrücklichen Vorhalt des Staatsanwalts sagt der Zeuge aus, daß er absolut keine Vermutung habe, wer eventl. als Täter in Betracht käme. Buchholz sei bei einigen Kameraden beliebt und bei anderen Kameraden unbeliebt gewesen. Von verdächtigen Aeußerungen des Meyer über Buchholz weiß der Zeuge nichts auszusagen.

Der Zeuge Polizeiwachtmeister Hillmann gibt an, daß er um die in Frage kommende Zeit auf dem Hofe mehrere Schüsse fallen hörte. Um die Ursache dieser Schüsse habe er sich weiter nicht gekümmert. Etwa zehn Minuten später habe er einen Schuß im Zimmer des Buchholz gehört. Auf dem Wege dorthin sei ihm Wachtmeister Hesse begegnet, der vor Zimmer Nr. 40 stand. Als der Zeuge am Zimmer Nr. 39 vorbeikam, sah er die Tür aufgehen und beobachtete, wie der Angeklagte Erren in großer Aufregung über die Leiche hinwegstieg und ausrief, daß ein Unglück passiert sei. Der Zeuge trat in das Zimmer und sah den Wachtmeister Munny bei der Leiche stehen. Auf Vorhalt sagt der Zeuge aus, daß er einen Selbstmord für zweifelhaft gehalten hätte, denn Buchholz habe ihm im Hinblick auf die ihm vorgeworfenen Unterschlagungen gesagt, daß er sich schuldlos fühle und absolut nicht daran denke, sich ein Leid anzutun. Der Zeuge weiß, daß gesagt wurde, **wenn Buchholz mit politischen Sachen komme, müsse er um die Ecke gehen.** Ob die Angeklagten aus irgendwelchen Motiven Buchholz mit einem besonderen Haß verfolgt hätten, kann der Zeuge nicht angeben. Wenn auch Erren eine solche Tat nicht zuzutrauen sei, so hätte auf diesen doch ein Verdacht fallen müssen, weil er in so großer Erregung aus dem Zimmer des Buchholz herausgekommen wäre.

Nach der Vernehmung dieses Zeugen **beantragt der Erste Staatsanwalt Krause-Laurenz, sofort einen Zeugen namens Löhr zu laden, demgegenüber sich ein Mitglied der Hundertschaft geäußert haben soll, er sei zur Zeit des Mordes im Zimmer gewesen und könne ganz genau darüber aussagen, wer der Mörder des Buchholz sei.** Diesem Antrage der Staatsanwaltschaft wurde stattgegeben.

Der Zeuge Wachtmeister Munny gibt zu, daß er nach dem Fallen des Schusses als erster in das Zimmer gekommen sei. Etwa einen halben Meter von der Leiche entfernt lag die leere Patronenhülse. **Die Verwundung am Hinterkopf erkannte der Zeuge sofort als Einschußöffnung und deshalb glaubte er auch nicht an einen Selbstmord.** Die am Boden liegende Pistole sei übrigens nicht die Pistole von Buchholz gewesen. Er halte es nicht für möglich, daß sich ein Selbstmörder durch einen Schuß in den Hinterkopf töten könnte, aber weder gegen Erren noch Meyer hege er irgendwelchen begründeten Verdacht.

Der Zeuge Müller hat vor der Tat Buchholz auf dem Flur getroffen und einen niedergeschlagenen Eindruck von ihm erhalten. **Der Zeuge hat beobachtet, daß sich Buchholz den Mantel anzog, eine Minute bevor der Schuß fiel.** Als er den Schuß hörte, hat er durch die offenstehende Tür den bereits am Boden Liegenden zusammensinken sehen. Als der Vorsitzende ihn fragt, ob er Anhaltspunkte für die Täterschaft des Angeklagten habe, sagt der Zeuge Nein, noch bevor der Vorsitzende die Frage formuliert hat.

Der Wachtmeister Hinderlich will überhaupt nichts gehört haben, obgleich er nur durch eine Stube von dem Tatort getrennt war. **Der Zeuge ist in dem Mißhandlungsprozeß der Hundertschaft wegen Unglaubwürdigkeit nicht vereidigt worden.**

Oberleutnant Malwitz stellt den Angeklagten das übliche gute Zeugnis aus. Oberleutnant Enderlein sagt aus, daß B. die Kassengeschäfte nicht korrekt geführt habe. Der Zeuge hat ihn am Vorabend seines Todes über die Zahlmeisterangelegenheiten gesprochen und einen kleinlauten Eindruck erhalten. Der Friseur Bieber hat B. fünf Minuten vor seinem Tode rasiert und keine Erregung an ihm wahrgenommen. Frau Hasse, die die Wohnung von B. übernommen hat, weiß nur Klatsch, den sie von Hausbewohnern gehört hat, auszusagen.

Danach wird die Verhandlung auf Freitag vertagt.

Preußischer Landtag

Donnerstag, 24. November

Der Forstetat

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. **Killan** (Kom.), den gestern von ihm verlesenen Antrag auf Amnestieerlaß und Einsetzung eines Wahlprüfungsausschusses über die Urteile auf die Tagesordnung zu setzen. — Präsident Leinert: Da der Antrag noch nicht schriftlich vorliegt, kann er noch nicht behandelt werden. — Das Haus setzt darauf die

zweite Beratung des Forstverwaltungsetats

fort.

Landwirtschaftsminister **Dr. Wendorff:** Die Benutzung der Forsten darf nicht den Bestand, das Kapital der Forsten angreifen. Für die Forstkultur sind 8 Millionen Mark in den Etat eingestellt. Das Forstkulturgesetz kann erst nach Erlaß des Reichsermächtigungsgesetzes in Angriff genommen werden. Der Hauptausschuß will erfreulicherweise auch die Dienstaufwandsentschädigungen neu regeln. Die Förster und Anwärter, die durch den Krieg in ihrem Besoldungsdienstalter zurückbleiben, dürfen nicht schlechter gestellt werden, als ihre Altersgenossen. Hoffentlich kann noch in diesem Kalenderjahr der Ausschuß zur Prüfung der Ausbildungsverhältnisse zusammentreten. Der Mangel an Mitteln verbietet die dauernde Beschäftigung der Forstarbeiter, doch sind die betreffenden Etatsummen erhöht worden. Der Arbeiterwohnungsbau findet unsere ernste Aufmerksamkeit, die Verwaltung wird den Kleinbauern entgegenkommen, doch verbietet eine geordnete Forstkultur eine zu starke Freigabe der Waldweide.

Abg. Klaußner (U. S. P. D.)

Nachdem die Mitglieder des Hauses in Rauch- und Alkoholdunst geschwängertem Raume schwere Tag- und Nachtarbeit geleistet haben, soll es meine Aufgabe sein, Sie in die freie Luft des Waldes zurückzuführen. Die dadurch erreichte Abkühlung soll dazu beitragen, Sie wieder zur Besinnung zurückzurufen. Denn es würde eine außerordentliche Schädigung der Volkswirtschaft bedeuten, wenn die Mehrheit dieses Hauses an den Waldbeständen ebenso blindwütige Arbeit verrichten wollte, wie gestern an der Minderheit dieses Hauses. Unter allen Umständen muß dafür gesorgt werden,

daß der Raubbau an den Waldbeständen unterbunden wird,

daß die Kahlschläge sofort wieder aufgeforstet werden. Dazu ist die beschleunigte Vorlage des Forstkulturgesetzes dringend erforderlich. Die Deutschnationalen haben in altgewohnter heuchlerischer Demagogie einen Antrag eingebracht auf sofortige Anerkennung des Koalitionsrechts der Arbeiter und Angestellten der Forstverwaltung. Es ist selbstverständlich, daß wir diesem Antrage zustimmen, wir verweisen jedoch darauf, daß **die deutschnationalen Arbeitgeber in ihrem eigenen Betrieb die Forderung ihres Antrages sofort durchführen sollten.** Das ist bis jetzt nicht der Fall, im Gegenteil wird versucht, die Organisation, die Grundlage des Koalitionsrechts, zu sprengen, Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder zu entlassen. Der verhältnismäßig günstige Abschluß des Haushalts (ein Ueberschuß von 800 Millionen) sollte der Forstverwaltung Veranlassung geben, das Beeren- und Pilzesammeln freizugeben, nicht, wie jetzt, von den Kleinrentnern, Arbeitsinvaliden und Kriegsbeschädigten, die in erster Linie für diese Arbeit in Frage kommen, eine Entschädigung zu fordern. Vor allen Dingen fordern wir von der Forstverwaltung die Erhaltung der Waldbestände in der Nähe der Großstädte. Der bureaukratische Zopf, der sich oft unliebsam in der Verwaltung bemerkbar macht, muß unter allen Umständen verschwinden.

Die Deutschnationalen ziehen ihre Anträge gegen die Umwandlung der Verwaltung der Forstakademie in Eberswalde und Hannoversch-Minden zurück, da auch sie sich scheinbar von der Notwendigkeit der Einführung des Rektoratssystems überzeugt haben. Bei der darüber folgenden Abstimmung ergab sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses, wohl eine Folge der gestrigen Arbeit der Mehrheitsparteien.

Das Haus vertagt sich auf Freitag, 13. November: Rest der Abstimmung zum Forstetat, Etat des Ministeriums des Innern.

Gewerkschaftliches

Bauernfängerei

Eine veränderte Taktik haben sich die Kommunisten innerhalb der Gewerkschaften zugelegt, von der sie hoffen, daß ihnen neuer Erfolg blühen wird. Welcher Art diese Taktik ist, bespricht der folgende Aufsatz eines aktiven Gewerkschafters.

Seit einiger Zeit wird von gewisser Seite versucht, eine sogen. „gewerkschaftliche Einheitsfront" herzustellen. Man hat, was begreiflich erscheint, endlich genug von Parteiparolen und will sie hinfort nicht mehr beachten. Auch ist der „Erfolg" der bisher geübten Taktik der gewesen, daß man eine Isolierung erreicht hat, die man sich vor Jahresfrist nicht hätte träumen lassen. Dieselben Leute aber, die am lautesten schrien über Verrat der Gewerkschaftsführer, die bei keiner irgendwelcher Wahl versäumten, eine eigene „revolutionäre" Liste aufzustellen, sind es, die jetzt versuchen, auf eine neue Art an die Massen heranzukommen. Daß man sich dabei auch an jene Teile wendet, die bisher die schlimmsten „Verräter" waren, sei nur nebenbei bemerkt.

Was ist wohl die Ursache dieser plötzlichen Schwenkung?

Wir kommen schnell dahinter, wenn wir das Referat von Jacob Walcher auf dem Parteitag der K. P. D. in Jena noch einmal nachlesen. Walcher beklagt den geringen Einfluß der K. P. D. in den Gewerkschaften und sagt u. a.: „Viel wichtiger ist, daß die Parteigenossen in den Fraktionen der Gewerkschaften es fast nirgends verstanden haben, zu der übrigen Opposition in ein gedeihliches Verhältnis zu kommen. Unmittelbar nach dem Vereinigungsparteitag geschah es, daß man in den Gewerkschaftsfraktionen über die 21 Aufnahmebedingungen zur Dritten Internationale diskutierte. Genossen, das war falsch, und diese falsche Einstellung, die wir in grober Weise zwar korrigieren konnten, sie besteht teilweise heute noch."

Walcher sagte ferner, daß es verkehrt war, unzählige Versammlungen mit dem stereotypen Thema: „Moskau oder Amsterdam" abzuhalten, und erklärte: „Wichtiger als das Reden im Sinne Moskaus scheint mir das Handeln im Sinne Moskaus zu sein."

Dieser Standpunkt kommt dann auch in den einstimmig angenommenen Richtlinien zur Gewerkschaftsfrage zum Ausdruck. Es heißt da z. B.:

„Es ist von der größten Wichtigkeit, daß die Kommunisten mit der übrigen Opposition in Fühlung kommen, sie bei allen Gelegenheiten mitreißen und sie nach und nach ganz von ihren Illusionen und Schwächen befreien. Die Fraktion, die natürlich unter sich zu allen Fragen Stellung nehmen und unter Wahrung der strengsten Disziplin ihre Taktik festlegen muß, hat darüber hinaus die Pflicht, bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit den nicht zur Kommunistischen Partei gehörenden oppositionellen Elementen Sitzungen und Versammlungen abzuhalten, um bei wichtigen Anlässen ein gemeinsames und geschlossenes Auftreten zu ermöglichen."

Hier haben wir also den schlauen Plan. **Man will also nicht mehr so viel reden, aber handeln, will andere bei jeder** Gelegenheit mitreißen, selbst aber strengste Fraktionsdisziplin üben. Das nennt man im gewöhnlichen Leben — Bauernfängerei. Nach diesem Rezept wird seit einiger Zeit versucht, die Einheitsfront auf gewerkschaftlicher Grundlage herzustellen, besonders in hiesigen Metallarbeiterkreisen.

Indem wir diese Tatsachen festhalten, warnen wir gleichzeitig unsere Genossen, diesem Liebeswerben irgendwie Folge zu leisten. Unsere Genossen wissen selbst zu unterscheiden, was gut ist und was geändert werden muß, können also jene „ehrlichen" Inspiratoren sehr leicht entbehren. Die Einheitsfront der Arbeiterschaft kann auch nicht hergestellt werden in Konventikeln, sondern wird sich von selbst ergeben im gemeinsamen Klassenkampf um konkrete Kampfziele, die der bürgerlichen Gesellschaft abgerungen werden müssen. Dazu bedarf es einheitlichen Wollens und klarer Zielrichtung und nicht Verzettelung der Kräfte durch einen gegenseitigen unfruchtbaren Kampf. Diese Einsicht zu gewinnen, werden auch unsere Klassengenossen von links nicht herumkommen können.

Ein Postidyll.

Amtslokal oder Kramladen?

Welch unerhörte Zustände bei einzelnen Aemtern herrschen, wie kapp'istische Beamte, ohne Arbeit zu leisten, ihr Unwesen treiben, welch schwunghafter Handel mit allen möglichen Waren in den Postämtern getrieben wird und wie man unsere Hilfskräfte schuhriegelt, disziplinarisch bestraft und entlassen will, weil sie diesen Skandal aufdecken, geht aus folgenden Angaben hervor:

Ein Hilfspostschaffner des Postamtes 8, ein intelligenter Mann, der den Lehrerberuf ergreifen wollte, wegen pekuniärer Schwierigkeiten seine Studien aber abbrechen mußte, legte in einer ausführlich begründeten und mit Tatsachen belegten Beschwerdeschrift die Verhältnisse dar, die in dem betreffenden Amt einrissen.

Ein Postsekretär hatte im Keller des Amtes Waren und vertrieb diese in seiner Dienstzeit, u. a. — Filzhüte. Ein Oberpostschaffner handelte mit Hemden, Unterhosen und Strümpfen, während ein dritter Schokolade und Zigarren verkaufte.

Auch jetzt noch werden bei jeder Gehaltszahlung von einem der auszahlenden Sekretäre — Zigarren gehandelt.

Der frühere Amtsleiter, Postdirektor Franz, war nur ¾ Jahr auf Urlaub und den Rest im Dienst. Beim Kapp-Putsch tauchte dieser Herr schnell auf, um nachher ebenso schnell zu verschwinden, unter Fortzahlung seines Gehaltes natürlich.

Ein untergeordneter Beamter, der in ein solches Wespennest hineinsticht, macht sich natürlich mißliebig und muß zur Strecke gebracht werden. Der Betreffende erlitt Kriegsverletzungen am rechten Oberarm und mußte noch nachbehandelt werden. Weshalb er natürlich vom Dienst wegbleiben mußte. Alle dokumentarischen Nachweise über seine Verletzungen und ärztliche Behandlung usw. liegen vor. Auch uns, wovon wir uns überzeugten. Daraus wird dem Mann ein Strick gedreht, er sei zu lange Zeit krank gewesen. Zum Unglück passiert diesem Mann noch ein Dienstunfall, der vom Amt nicht anerkannt, vom Arzt aber behandelt und bescheinigt wird. Auf Anordnung des Postsekretärs Tielecke wird ein Aushelfer als — Bettler in die Wohnung des Kranken geschickt, der, um „eine milde Gabe bittend", eine Hauskontrolle ausüben sollte . . . .

Die Beschwerdeschrift des Mannes wird aber abgewiesen und das Disziplinarverfahren mit der Drohung der Entlassung in Aussicht gestellt. Der Antragsteller ließ sich's nicht verdrießen und legte gegen diese Verwerfung Berufung ein.

Diesem Skandal würde die Krone aufgesetzt werden, wenn auch diese Berufung verworfen würde. **Dann wäre damit ausgesprochen, daß bei der Post, und speziell beim Postamt 8, nur solche Elemente Dienst tun können, die mit den Schacherallüren der Vorgesetzten einverstanden sind, mitmachen und den Mund halten.**

Dem Betroffenen wird von vielen Stellen, ehemaligen Arbeitgebern usw., das beste Zeugnis ausgestellt. Wenn demnach einem fähigen, ernsten und diensteifrigen Mann, der das Beste will, so mitgespielt wird, dann ist es sehr, sehr faul in Gieskerts Reich, und er dürfte dafür zu sorgen haben, daß das Idyll im Postamt 8 grausam gestört wird.

*

Bezeichnend bei diesem Vorfall ist das Verhalten der Beamtenverbände. Der Betreffende gehörte dem Verband der unteren Post- und Telegraphenbeamten, Bezirk Berlin, an. Dieses Verbändle lehnte es aber ab, die Interessen seines Mitgliedes, dem so unheimlich von der Bureaukratie mitgespielt wird, wahrzunehmen und zu vertreten. — Solchen Vereinchen den Rücken zu kehren und sich richtigen Gewerkschaften, in diesem Falle dem Verkehrsbund, anzuschließen, ergibt sich von selbst.

Delegiertenversammlung des Z. d. A.

Die Generalversammlung der Ortsgruppe Groß-Berlin des Zentralverbandes der Angestellten fand am Dienstag, den 22. d. M., statt. Max Schröder erstattete den Bericht über die letzte Tagung des Verbandsbeirates und hob dabei hervor, daß sich nach einem vorübergehenden Rückgang der Mitgliederzahl neuerdings wieder ein starker Mitgliederzugang zeige. Die kritische wirtschaftliche Entwicklung der letzten Zeit habe den Hauptvorstand veranlaßt, dem Verbandsbeirat eine Vorlage über Erhöhung der Beiträge zu machen. Die allgemeine Entwertung unserer Währung übe natürlich auch auf die Verbandsfinanzen eine entsprechende Wirkung aus; demzufolge habe sich der Beirat den Gründen des Hauptvorstandes nicht verschließen können und eine Erhöhung der Beitragssätze in Verbindung mit einer neuen Gruppierung der Beitragsstaffeln beschlossen. Körpel und Penn ergänzten die Ausführungen des Referenten.

Bei Punkt 2 der Tagesordnung wurde die Frage der Beitragserhöhung für die Ortsgruppe Groß-Berlin in einer lebhaften Aussprache erörtert. Uebereinstimmend kam die Meinung zum Ausdruck, daß angesichts der bestehenden Verhältnisse die Erhöhung der Beiträge dringend erforderlich sei. Es wurde schließlich folgender Beschluß mit großer Mehrheit angenommen:

„Die heute, am 22. November 1921, tagende Delegiertenversammlung Groß-Berlin beschließt gemäß den Vorschlägen der Funktionärversammlung und der letzten Delegiertenversammlung die Beiträge nach dem Beiratsbeschluß anzunehmen und einschließlich Ortszuschlag ab 1. Januar 1922 wie folgt zu erheben: Klasse 4: 10 M., Klasse 3: 15 M., Klasse 2: 20 M., Klasse 1: 25 M. und für die Jugendklasse: 3 M."

Hierauf wurde die Vertagung der Versammlung beschlossen.

Die Rationalisierung der Staatsbetriebe

Durch den vom Reichsverband der Deutschen Industrie entworfenen Plan der Entstaatlichung der Eisenbahnen, der den lebhaftesten Widerspruch der gewerkschaftlichen Spitzenverbände gefunden hat und auch von der Regierung glattweg abgelehnt wurde, ist die Frage der Wirtschaftlichkeit der Staatsbetriebe in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit getreten. Neben den gewerkschaftlichen Organisationen der in den Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten, die bereits zu dieser Frage Stellung genommen haben, wird auch der „Behördentechnikertag" des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, der auf den 28. November nach Berlin in das Charlottenburger Opernhaus einberufen ist und von den Delegierten der technischen Beamten aus dem ganzen Reiche beschickt wird, bei dem Tagesordnungspunkt: „Reform der inneren Verwaltung" zu der Frage, wie die Wirtschaftlichkeit der öffentlichen Betriebe erhöht werden kann, Stellung nehmen. Entsprechend dem Grundsatz der freigewerkschaftlich organisierten technischen Beamten wird sich die Tagung auch für die Sozialisierung der Eisenbahn und der anderen staatlichen und kommunalen Betriebe aussprechen.

Forderungen einer wirtschaftlichen Beihilfe durch die Transportarbeiter im Einzelhandel. Am 22. November fand in der „Schultheiß-Brauerei" eine gut besuchte Versammlung der Handelshilfsarbeiter- und Arbeiterinnen im Einzelhandel statt, die zum Beschluß der Funktionärversammlung betreffs Annahme der neuen Tarifsätze Stellung nahm. Pollmey gab einen eingehenden Bericht über die stattgefundenen Verhandlungen. Im Einverständnis mit den Angestellten fanden die Verhandlungen statt. Die Unternehmer bewilligten nach längeren Verhandlungen ab 1. November eine Zulage von 25 Prozent auf die bestehenden Löhne. Die Zahlung einer Wirtschaftsbeihilfe oder Kinderzulage wurde strikt abgelehnt. Die Arbeitgeber verlangten eine Entscheidung bis zum Dienstag. Die Funktionärversammlung gab am Montag ihre Zustimmung, da zur Zeit kaum höhere Sätze erreicht werden können. Die neuen Sätze decken keineswegs die erhöhten Preise. Daher haben auch die Funktionäre beschlossen, das Lohnabkommen sofort zum 31. Dezember zu kündigen. Ohne weitere Diskussion fand ein Antrag Annahme, der die Branchenleitungen auffordert, in der ersten Dezemberwoche in Verhandlungen über die Bewilligung einer Wirtschaftsbeihilfe von 1000 Mark für jeden Arbeiter und jede Arbeiterin und von 250 Mark für jedes Kind einzutreten. Pollmey gab fernerhin bekannt, daß die Unternehmer den Schiedsspruch über den halben freien Tag im Monat abgelehnt haben. — In längerer Debatte, in welcher die geringen Sätze und Erfolge bemängelt wurden, sprachen sich alle Diskussionsredner dafür aus, die Organisation zu stärken und stimmten weiter einer Resolution zu, die vom Gewerkschaftsbund die Durchsetzung dieser aufgestellten Forderungen mit allen Mitteln verlangt.

Streik bei der Firma David Grove, Charlottenburg. Die Gesamtbelegschaft von zirka 300 Köpfen obiger Firma, stellte aus eigenem Antrieb die Forderung auf Gewährung einer Beihilfe, die die Firma rundweg ablehnte. Mit den Angestellten allein wollte die Firma aber verhandeln, was Arbeiter und Angestellte geschlossen ablehnten und in den Streik traten. Die Streikleitung ersucht um Solidarität.

Lohnerhöhung im Berliner Böttchergewerbe! Die Stundenlöhne für Böttcher und Hilfsarbeiter erhöhen sich in den Tarifwerkstätten rückwirkend vom 14. November d. J. um 2.15 M. pro Stunde, so, daß ab 14. 11. für Böttcher 11.85, 11.65, 11.45 M. zu zahlen sind. Die Akkordsätze erhöhen sich im gleichen Verhältnis. Tariffreie Werkstätten zahlen zur Zeit bis 12.95 M. pro Stunde.

Arbeitersport

Arbeiter-Turn- und Sportfest in Leipzig

Das Jahr 1922 bringt zwei große zentrale sportliche Veranstaltungen: Im Grunewaldstadion finden die deutschen Kampfspiele statt und in Leipzig wird das erste Arbeiter-Turn- und Sportfest großen Stils in den Tagen vom 22.—25. Juli abgehalten werden.

Träger des erstgenannten Festes ist der deutsche Reichsausschuß für Leibesübungen, der eine Zusammenfassung der bürgerlichen Turn- und Sportvereine darstellt. Das Leipziger Fest dagegen wird unter Mitwirkung der übrigen Arbeitersportverbände vom Arbeiter-Turn- und Sportbund veranstaltet.

Der deutsche Reichsausschuß für Leibesübungen hat durch seine bisherigen Veröffentlichungen den Eindruck zu erwecken versucht, als handle es sich bei seiner Veranstaltung um eine solche, an der die Verbände aller Richtungen beteiligt seien. In einer dieser Veröffentlichungen steht sogar der Satz: „Die Beteiligung ist amtliche Angelegenheit der Gemeinden." Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß es sich um eine Veranstaltung des bürgerlichen Sports handelt, an der die Arbeitersportverbände gänzlich unbeteiligt sind. Die bürgerlichen Sportler Deutschlands sind auf Betreiben ihrer Gesinnungsgenossen in den Ententeländern von den internationalen olympischen Spielen ausgeschlossen und halten nun eine deutsche Olympiade ab. Dagegen ist an sich gewiß nichts einzuwenden, sie sollten aber auch gestehen, daß ihre Veranstaltung nur von den Verbänden der bürgerlichen Richtungen getragen ist. Der Versuch, es so darzustellen, als handle es sich um eine Veranstaltung, an der das gesamte Volk Anteil nähme, muß als eine bewußte Irreführung bezeichnet werden. Vorsitzender des deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen ist das Mitglied der Deutschnationalen Partei, Staatssekretär Dr. Lewald, der bei dem letzten Kabinettswechsel aus dem Amte geschieden und nun Unterhändler für Oberschlesien ist. Damit ist wohl bewiesen, daß die Arbeitersportler dem Reichsausschuß fernstehen.

Das Leipziger Fest der Arbeitersportler wird auf dem Gelände der ehemaligen Ausstellung abgehalten werden. Die riesigen Ausstellungshallen werden sämtlich für das Fest nutzbar gemacht werden. Der eigentliche Festplatz ist 68 000 Quadratmeter groß und bietet Platz für etwa 16 000 ausübende Turner zu den Massenfreiübungen. Rings um den Platz werden für die Zuschauer Tribünen errichtet, für deren Herstellung etwa 2 Millionen Mark erforderlich sind. Man rechnet mit einer Teilnehmerzahl von 50 000 bis 60 000 auswärtigen Gästen. Der Rat der Stadt Leipzig hat sich bereit erklärt, das Fest in jeder Hinsicht zu fördern. Der Festplatz wird auf Kosten der Stadt hergerichtet und soll dauernd als Sportanlage bestehen bleiben. Die großen Meßhallen werden zum Teil ganz kostenlos, zum Teil, soweit das Meßamt darüber verfügt, gegen geringes Entgelt zur Verfügung gestellt.

Freie Turnerschaft Lichtenberg-Friedrichsfelde. Der 4. Bezirk (Karlshorst) hat am Sonnabend sein Gründungsfest im „Deutschen Haus" in Karlshorst. Alle Genossen und Genossinnen sind herzlichst willkommen.

Freie Turnerschaft Schöneberg-Berlin. Sonnabend, 7 Uhr, Vereins-Vierteljahrsversammlung in der Schule Niederwallstr. 12 (Spittelmarkt).

Freie Turnerschaft Friedenau veranstaltet am Sonntag, den 27. November, nachmittags 3 Uhr, mit ihren sämtlichen Abteilungen in der Turnhalle des Gymnasiums, Friedenau, Homuthstraße, ein öffentliches Schauturnen. Eintritt 1 Mark.

Arb.-Athl.-Bund. Am Sonntag, den 27. November, Ringer- und Heberklub-Wettstreit der Sportvereinigung Nord-Ost 06 (früher Vineta 06, Fortuna 07). Der Wettstreit findet in der Schule Christburger Str. 7-8, statt. Anfang 3 Uhr. Eintritt 2 M.

Ein Hallensportfest veranstaltet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, der 1. Kreis des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in der Städtischen Turnhalle, Prinzenstr. 70. Der Eintrittspreis beträgt 3 M. Vorkämpfe beginnen vormittags 9 Uhr.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Groß-Berlin. Am Sonntag, den 27. November, nachmittags 1½ Uhr, nach Buchholz bei Köhne. Start Mariannenplatz bei Wiebelin.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität" Berlin. Touren für Sonntag, 27. November. Sämtliche Abteilungen nach Johannisthal, Vetos Parkrestaurant. Lichtbilder-Reise durch Mecklenburg. Start 1 Uhr an den bekannten Stellen.

Arbeiter-Wanderbund „Naturfreunde". Wanderungen am 27. November. Groß-Köris, Dubrow, Königswusterhausen. Treff 6¼ Uhr vorm. Görlitzer Bahnhof. — Bernau, Hellsee, Wukensee, Schwärze, Eberswalde. Abf. 6 Uhr vorm. Bahnhof Landsberger Allee (Gesundbrunnen umsteigen). — Werder, Kloster Lehnin. Abf. 6¼ Uhr vorm. Potsdamer Fernbahnhof. — Königswusterhausen, Todnitzsee. Abf. 6.37 Uhr Bahnhof Gesundbrunnen. — Buch, Mühlenbecker See, Birkenwerder. Abf. 7.10 Uhr vorm. Stettiner Vorortbahnhof. — Durch den Potsdamer Forst. Abf. 6.45 Uhr vom Vorortbahnhof Bellevue. — Kinderwanderungen. Besichtigung von Bernau. Treff 8 Uhr Nettelbeckplatz oder 8.30 Uhr Bahnhof Gesundbrunnen. — Friedrichshagen, Müggelsee. Treff 7 Uhr Bahnhof Bellevue. — Melchow, Nonnenfließ, Eberswalde. Treff 6.30 Uhr Bahnhof Neukölln. — Museum für Völkerkunde. Treff 9.15 Uhr Bahnhof Charlottenburg. — Märkisches Museum, Alt-Berlin. Abf. 9 Uhr Bahnhof Schöneberg.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin". Sonntag, den 27. November, gemütliches Beisammensein im Vereinshaus Wallschläger, Adalbertstr. 21. Beginn 5 Uhr.

Parteiveranstaltungen

Soz. Prol.-Jugend, Ortsgr. Baumschulenweg. Sonntag, 27. November, abends 6½ Uhr „Bunter Abend", bestehend in Gesang, Ansprache, Violinsolo, Rezitation und heitere Vorträge in der Aula des Lyzeums Baumschulenstr. 79-80. Eintritt 2 Mark. Jugendliche und Kinder 1 M. Die Genossinnen und Genossen werden gebeten, die Jugend durch zahlreichen Besuch zu unterstützen.

Lichtenberg-Stadt und -Land. Die Viertelsführer wollen umgehend mit die Umfragen über die Schulkinder unserer Genossen zugehen lassen. Es … von unsern Elternbeiräten aus allen Schulen schnellstens mit die Adressen der Kinder zu übermitteln, die an unserer Jugendweihe teilnehmen wollen. Alfred Rakowit, Lichtenberg, Gürtelstr. 8.

Niederbarnim-Nord. Durch Beschluß der Distriktskonferenz findet am Sonnabend, den 26. November, im Lokal von Seeger, Oranienburg, abends 7 Uhr, eine Konferenz des Arbeiterbezirks Oranienburg statt. Jeder Ort muß vertreten sein. Am Montag, den 28. November, abends 8 Uhr, findet im Lokal von Karl Döbling, Brunnenstr. 78, eine Weiterberatung der Distriktskonferenz statt. Die Kassierer werden gebeten, ihren Distrikt in der Sitzung abzurechnen. Die Arbeitsbezirke werden gebeten, auf die Sitzungen hinzuweisen. Jeder Ort muß vertreten sein.

9. Distrikt (Wedding). Am Sonntag, den 20. November, beim Kammermusikabend in der Aula des Schiller-Gymnasiums, Bankstraße, Ecke Wöhlertstraße, sind ein Paar Handschuhe gefunden worden. Abzuholen bei Kroll, Utrechterstr. 21.

Freitag, 25. November

5. Verwaltungsbezirk, 15., 16., 17. Distrikt. Männer-Chor d. S. P. Uebungsstunde 8 Uhr im Saal Freischütz, Fruchtstr. 36a. Sangesfreudige Genossen willkommen.

7. Distrikt. Abends 7 Uhr Generalversammlung bei Büttner, Schwedter Str. Nr. 23-24.

11. Distrikt. Kinderschutz- und Frauenarbeitskommission. 7½ Uhr Sitzung bei Scheibe, Pasteurstr. 2.

11. Distrikt. Heute einladen zum Frauen-Leseabend für Montag im Lyzeum, Greifswalder Str. 25 (Gesangssaal).

Vereinskalender

Freitag, 25. November

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Sektion 1. Handelshilfsarbeiter und -arbeiterinnen aus den Betrieben der Mützenbranche. Abends 8 Uhr Gruppenversammlung bei Witte, Joststr. 29. — **Chemische Branche.** Abends 7 Uhr Branchenversammlung in Wilkes Festsälen, Sebastianstr. 39. — **Gruppe Verbandstoffbranche.** Abends 6 Uhr Gruppenversammlung in Wilkes Festsälen, Sebastianstraße 39. Tagesordnung: Bericht und Beschlußfassung über unsere Lohnverhandlung.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo Liebisch, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: B. Kubner, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kemeriner, Charlottenburg. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

100000 Mark Belohnung!

In Berliner Läden tauchen neuerdings Fälschungen von Reichardt-Schokoladen auf; bis jetzt sind solche der beiden besten Marken „Blaukreuz“ und „Schwertschlag“ festgestellt. Schwarzkünstler, wie sie sonst Geldscheine fälschten, verfallen auf den jetzt weit lohnenderen Gedanken, die **Umhüllungen** von Reichardt-Marken nachzudrucken in der richtigen Erkenntnis, daß sie die Reichardt-Schokoladen selbst nicht nachzuahmen vermögen. Ihnen kommt der Umstand zu statten, daß wir trotz Tag- und Nachtbetrieb nicht soviel liefern können, wie verlangt wird. Geschädigt werden zunächst die deutschen Verbraucher, und dies leider in einem Grade, der alle Vorstellungen übersteigt. Daher setzen wir

für die Ermittelung der Fälscher

die obige Belohnung aus. Denn die Qualitäten dieser Fälschungen sind der größte Schund, wie ihn nur Winkelfabriken fertig bekommen. Die Schokoladenmasse besteht aus schlechtestem Material, die Verarbeitung ist eine ganz oberflächliche, sodaß die Tafeln oft Löcher wie Schweizerkäse aufweisen. Der Geschmack ist überwiegend muffig. Statt Vollmilch ist Magermilch-Pulver verwendet worden. Nachstehend die äußerlichen Unterscheidungsmerkmale der Fälschungen

von Reichardt-Schokolade.

Die echte Blaukreuz und Schwertschlag

hat eine Tafelgröße von 155 × 90 mm

Bei den echten Tafeln haben die Worte „Blaukreuz“ und „Schwertschlag“ auf den kurzen Kanten ihren Platz gefunden.

Die echte hat 30 Teile, und zwar fühlt man deutlich durch das Papier 6 in der Länge und 5 in der Breite.

Die Färbung des Einschlagpapiers ist bei der echten „Blaukreuz“ stets weiß mit einem gelblichen Ton, bei der echten „Schwertschlag“ stets weiß mit bläulichem Ton,

Der blaue Aufdruck der Vorderseite ist bei Reichardt-Blaukreuz in einem völlig satten Blau gehalten,

Der violette Druck ist bei der echten „Schwertschlag“ dunkel und kräftig,

Der Bronzedruck ist bei der echten Blaukreuz **rot**gold und dick aufgetragen, was besonders im Namenszuge Reichardt auffällt.

Der Namenszug Reichardt ist auf allen Tafeln, welche auf der schmalen Rückseite zugeklebt sind, **geprägt.** Die echte Blaukreuz ohne Prägung ist Maschinenpackung und daher sind nicht die schmalen Seiten, sondern die breiten Längsseiten zugeklebt.

Die Fälschungen

sind etwa 165 × 85 mm groß.

Bei den falschen Tafeln sind diese Worte entweder **nach links** oder nach rechts auf die breite Oberfläche verschoben.

Bei der falschen fühlt man entweder 24 oder 50 Teile, und zwar in der Länge 8 oder 10, in der Breite 3 oder 5 Teile.

bei der Blaukreuz-Fälschung meist weiß mit einem bläulichen Ton, bei der Schwertschlag-Fälschung meist weiß mit schwach gelblicher Tönung.

bei der Blaukreuz-Fälschung in einem gesprenkelten Blau.

bei der Fälschung dagegen blaß und gesprenkelt.

Der Bronzeaufdruck der Fälschung erscheint **gelb**gold und läßt sich leicht abwischen.

Bei den Fälschungen fehlt jegliche Hochprägung, und bei allen Tafeln sind **nur die schmalen Seiten zugeklebt.**

Man achte also zunächst darauf, ob man eine an der schmalen Seite zugeklebte Tafel mit oder ohne Prägung erhält. Die geprägte ist echt, die ungeprägte falsch.

Im Kreuzring der echten Blaukreuz-Schokolade stoßen bei dem Worte Reichardt die Buchstaben „HARD“ am Fuße zusammen.

Bei der echten Schwertschlag sind die in Gold ausgeführten Umrisse und Schattenlinien des Ambosses stark gewellt.

Bei der echten Schwertschlag-Packung umfaßt der Schwertgriff nur die oberste Linie des Schwertes.

Die Rückseite der echten Reichardt-Packung hat enge, kleine Schrift, das Verzeichnis der Verkaufsabteilungen ist infolgedessen mit Ueberschrift nur 4 cm hoch und äußerst $10^3/_4$ cm breit.

Das Gewicht der echten Tafeln hält sich ziemlich gleichmäßig zwischen 98 und 102 Gramm.

Die nackten Tafeln zeigen, daß in jedem Teilchen der echten Schokolade das Wort „Reichardt“ oder „Golf“ eingeprägt ist.

Bei der Fälschung stehen diese Buchstaben einzeln für sich.

Bei der Fälschung sind sie ruhiger gezogen und fast gerade.

Bei der Fälschung führt der Schwertgriff bis zur Mittellinie des Schwertes.

Die Rückseite der Fälschungen besteht aus größerer Schrift, daher ist das Verzeichnis der Verkaufsabteilungen mit Ueberschrift reichlich 5 cm hoch und äußerst $12^1/_2$ cm breit.

Die Gewichte der gefälschten Tafeln schwanken zwischen 88 und 112 Gramm.

Auf den gefälschten Tafeln fehlt jegliche Inschrift.

Als Herstellungsmonat ist bei den bis jetzt vorgefundenen Fälschungen auf der Rückseite durchweg angegeben: Bei „Blaukreuz“ Juli/August, bei „Schwertschlag“ September/Oktober 1921.

Das einfachste Mittel gegen die Fälschungen ist, nur in soliden Geschäften zu kaufen, die an unseren bekannten Schildern mit dem Namenszuge „Reichardt“ kenntlich sind. In solchen Geschäften sind Fälschungen bisher nicht aufgetaucht, sondern nur bei Geschäftsleuten, deren Belieferung wir ablehnen mußten, weil sie uns nicht die Gewähr für hinreichend sorgsame Pflege von Edelfabrikaten bieten. Die Wiederverkäufer sind vollständig gesichert, wenn sie nicht von irgend welchen, plötzlich aus dem Dunkel auftauchenden unbekannten Grossisten, sondern von unseren altbekannten Bezirksvertretern beziehen. In unseren eigenen Filialen läuft man natürlich nicht die geringste Gefahr, Fälschungen zu erhalten. Obige Belohnung wird ausgesetzt für diejenigen Personen, welche den Drucker der falschen Etiketts, den Fabrikanten der Schokolade und die Unternehmer des Ganzen, die den Großvertrieb ins Werk gesetzt haben, als erste so nachweisen, daß deren gerichtliche Bestrafung erfolgen kann. Teilermittlungen werden von einem Notar unter Kontrolle der Kakaowirtschaftsstelle bewertet. Alle Meldungen erbitten wir an die Detektei Nabert, Berlin, Potsdamer Straße 141, Fernsprecher Nollendorf 875, oder deren Zweigbureau Hamburg, Große Bäckerstraße 12, Fernsprecher Bulkan 766.

Kakao-Kompagnie Theodor Reichardt

Deutschlands größtes Kakaowerk, Wandsbek-Hamburg.